Mai 2008 **€ 2.50** – A 07665 **www.vorwaerts.de**

www.vorwaerts.de

vorwärts

DAS MONATSBLATT FÜR SOZIALE DEMOKRATIE ■ GEGRÜNDET 1876

60 JAHRE ISRAEL

EXTRA: 8 SEITEN ZEITBLENDE IN DER HEFTMITTE

DER ALTEN-PFLEGE SKANDAL

Wie auf Kosten von Pflegebedürftigen lukrative Geschäfte gemacht werden.

Von Veronika Neukum

[redacted]

Alltag in deutschen Pflegeheimen – alte Menschen mit blauen Flecken, abgemagert, ausgetrocknet, wundgelegen. Und das für satte 3000 Euro und mehr im Monat, zahlbar von Angehörigen und Steuerzahlern. Der Medizinische Dienst der Krankenkassen (MDK) hat über 10 000 Pflegestationen geprüft und in seinem Bericht 2007 extreme Missstände wie Verwahrlosung und Unterernährung angeprangert. Vernachlässigende, gefährliche Pflege bedeutet unsägliches Leid für die Pflegebedürftigen und verschleudert Milliarden für die Volkswirtschaft.

Unhaltbare Zustände, die immer noch häufig als „bedauerliche Einzelfälle“ kleingeredet werden. Der Grund: Ignoranz, Desinteresse, aber auch Geschäftstüchtigkeit, unheilige Allianzen bis hin zu betrügerischen Machenschaften im großen Stil, schließlich kostspielige Fehler im System und eine schweigende Mehrheit. Zu viele verdienen gutes Geld an der schlechten Pflege.

Parallel zum Leiden der Betroffenen hat sich eine blühende Industrie entwickelt, die sogenannte „pflegeerleichternde“, treffender wäre „pflegevermeidende“ Hilfsmittel herstellt. Magensonden, Dauerkatheter, Inkontinenzmittel bis hin zu Windeln, die mehrere Liter fassen – für die Heimträger Gewinn steigernd weil Personal sparend.

Eine MDK-Ärztin: In einem Heim wurde ein Fünftel der Bewohner per Schlauch ernährt. Doch nur eine einzige Magensonde war medizinisch vertretbar. Absurd, aber völlig legal: Zusätzlich zur Magensonde kann der volle Verpflegungssatz abgerechnet werden. Ein gutes Geschäft.

Vielerorts ersetzen Psychopharmaka die Pflegekräfte. Medikamente werden von der Kasse bezahlt, Zuwendung dagegen nicht. Für die Pharma-Konzerne ein lohnendes Geschäft. Das Risiko „Pflegebedürftigkeit“ wird reprivatisiert. Pflegebedürftigkeit bedeutet Armutsrisiko, für Betroffene und für Angehörige.

Die unsoziale Umverteilungspolitik auf Kosten alter Menschen und ihrer Familien kommt modernem Raubrittertum gleich. Daran wird auch die Pflegereform ab 1. Juli wenig ändern. Gut zwei Millionen Menschen erhalten derzeit Leistungen aus der Pflegeversicherung. 2030 könnten es laut Statistischem Bundesamt dreimal so viele sein. Die Koalition hat versucht, punktuell Erleichterung zu schaffen. Aber die Jahrhundertaufgabe ist nicht gelöst. ■

FOTO: DIRK BLEICKER

INHALT

EKLAT
[redacted]

GLEICHER LOHN
Gerechtigkeit für Leiharbeiter

FREIWILLIGE VOR
Die jungen Helfer von Aktion Sühnezeichen

MEISTERHAFT
Peter Lilienthals Film über US-Soldaten im Irakkrieg

PECH GEHABT
Wie unsere Rente zum Glücksspiel wird

4 197407 502506 05

4

[redacted]

18

Bedrohte Tiere: **Jetzt soll die Wirtschaft dabei helfen, die Artenvielfalt zu retten.**

22

Die Ungehorsamen: **Peter Lilienthal folgt den Spuren von zwei Gegnern des Krieges im Irak.**

30

Pech gehabt: **Fallen die Aktienkurse, sinken auch die privaten Renten, warnt Hannes Koch.**

ZEITBLENDE: 60 JAHRE ISRAEL

Deutschland ein Freund? Asher Ben Natan und Avi Primor, zwei Botschafter im Interview – Lemon Tree: neuer Film über den Nahostkonflikt – Walldorf goes Israel: SAP im Heiligen Land – Und immer wieder Krieg: 60 Jahre Pressefotografie in Israel

FOTOS: DIRK BLEICKER (3); DAVID RUBRINGER, PETER LILIENTHAL; ILLUSTRATION: HANNA ZECKAU/CARSTEN AERMES

4 TITEL
IM NETZ DER PFLEGEMAFIA
Misshandelt, vernachlässigt – warum ist Pflege in Deutschland so schlecht?
Verhungern im Heim – ein Rechtsanwalt kämpft für die Rechte von Heimbewohnern
Menschenunwürdige Pflege ist Folter – Interview mit den Experten Claus Fussek und Gottlieb Schober
Recht auf Mitsprache – ein Angehörigenverband in der Gründung
„Pflege im Minutentakt bedeutet großes Leid für alle Betroffenen" – eine Pflegekraft erzählt
Hilfe für Betroffene und ihre Angehörigen – Adressen und Anlaufstellen
Beschlossen: Gütesiegel für Pflegeheime – Gesundheitsministerin Ulla Schmidt erklärt, was nach der Reform besser wird

12 PRO & CONTRA
GLEICHER LOHN FÜR ZEITARBEITER?

14 PARLAMENT
BLICK IN DEN BUNDESTAG...
Erfolgsgeschichte: 25 Jahre Künstlersozialkasse
Überfällig: Gleichstellung von Lebenspartnerschaften
Mehr Rente: Junge Sozialdemokraten in der SPD sagen Ja
SPD aktiv für Passivhäuser
Für den Bundestag nur Ökostrom
Im Blickpunkt: schöne „Profis"

15 **...UND AUF DIE KONKURRENZ**
CDU/CSU – Union schützt NPD vor Verbot
Grüne – regieren, egal mit wem
FDP – Westerwelle setzt auf Union
1. Mai – „Nationale Sozialisten" machen mobil

16 AUSLAND
EIN FRIEDENSZEICHEN SETZEN
Die jungen Freiwilligen der Aktion Sühnezeichen

18 WIRTSCHAFT
VOM MENSCHEN AUSGEROTTET
Immer mehr Arten sind vom Aussterben bedroht. Nun will auch die Wirtschaft gegensteuern
Abgeltungssteuer: rechtzeitig Geldanlagen überprüfen, Gesünder wohnen
Jenseits von Sonne, Wasser und Wind: Forscher entdecken ungewöhnliche Energielieferanten

22 KULTUR
ZAUBERER DES ALLTÄGLICHEN
Ein Porträt von Peter Lilienthal und seinem neuen Film „Camilo" oder „Der lange Weg zum Ungehorsam"

24 **VORAB GELESEN**
Bernhard Schlink: Das Wochenende
Tom Segev: Die ersten Israelis
Egon Bahr (Hg.): Die Weltgesellschaft

25 **KULTUR-TIPPS**
Viel Kultur an der Ruhr – Hannelore Kraft, SPD-Vorsitzende in Nordrhein-Westfalen gibt Tipps für ihre Heimatstadt Mülheim
Zu gewinnen: 2 x 2 Freikarten für den Ringlokschuppen in Mülheim

26 HISTORIE
OPPOSITION ODER KOALITION
Der SPD-Parteitag im Mai 1927 in Kiel
Brennen sollt ihr! Vor 75 Jahren endeten auch viele sozialdemokratische Schriften auf den Scheiterhaufen der Nazis

30 DAS LETZTE
UNSERE GLÜCKSSPIELRENTE
Von Hannes Koch

RUBRIKEN
10 **NEWS**
LEUTE

29 **RÄTSEL**

31 **LESERBRIEFE**
IMPRESSUM

Redaktionsschluss 21. April 2008

EDITORIAL
LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER!

Ohne Anzeigen kein „vorwärts", so die einfache Rechnung. Auch wenn der Absender mancher Anzeige nicht jeder Leserin und jedem Leser gefallen wird. Trotzdem brauchen wir diese Anzeigen. Denn der „vorwärts" muss sich wirtschaftlich tragen. Umso glücklicher ist die Redaktion, kann sie ihren Lesern mehr Lesestoff als üblich liefern.

Mit dieser Ausgabe erhalten erstmals alle Bezieher das Magazin „Zeitblende", das bislang nur den am Kiosk verkauften Ausgaben beigelegt war. Wir hatten die „Zeitblende" für die Leser entwickelt, die als Nicht-Sozialdemokraten keine Nachrichten aus den Landesverbänden wollen und deshalb nicht auf das „Parteileben" Wert legen. Im Zentrum der „Zeitblende" stand bisher der sozialdemokratische Widerstand gegen Hitler.

In dieser Ausgabe beschäftigt sich die „Zeitblende" mit 60 Jahre Israel. In der nächsten wollen wir an den „vorwärts" im Exil erinnern, wieder für alle Leser. Die Anzeigenabteilung macht es möglich. Wem die Kioskausgabe gefällt: Alle schon erschienenen „Zeitblenden" gibt es online bei www.vorwaerts.de.

Sie können den „vorwärts" mit der „Zeitblende" auch Freunden und Bekannten empfehlen, die (noch) nicht Mitglied der SPD sind oder ein Patenschafts-Abo für ein Krankenhaus, Altenheim oder Jugendzentrum abschließen (Adresse Seite 31). Dies hilft dem Blatt und seinen Lesern und auch der großen sozialdemokratischen Idee, die weiter zu beleben uns nicht nur der 1. Mai aufgibt. ■

Herzlichst

Uwe-K. Heye

Uwe-Karsten Heye

1

ALLEIN GEGEN DIE PFLEGEMAFIA

[redacted] Ernestine K. ist kein Einzelfall. Tausende Euros erhalten Pflegeheime für jeden Bewohner – jeden Monat. Warum ist Pflege oft trotzdem so schlecht? Eine Spurensuche

Von Veronika Neukum, Fotos Dirk Bleicker

1| Liebevoll umsorgt von Enkelin Annette beim gemeinsamen Frühstück.
2| [redacted] die 99-Jährige wieder und erinnert sich an ihre vielen Reisen.

„So, Mama, jetzt gehen wir an die frische Luft." Werner K. schiebt seine Mutter im Rollstuhl auf die Terrasse. „Ja", freut sie sich, „jetzt geh'n wir an die frische Luft." Ernestine K. sitzt gerne in ihrem Rollstuhl auf der Terrasse und schaut Spaziergängern und spielenden Kindern zu. So wie es aussieht, wird Ernestine K. ihren 100sten Geburtstag im nächsten Jahr erleben. Ihr Leiden hat ein Ende, seit ihr Sohn sie aus dem Pflegeheim wieder nach Hause geholt hat. Das Essen schmeckt ihr wieder, sie blüht auf und macht sogar Fortschritte beim Sprechen.

Mit einem Schlaganfall vor vier Jahren fingen die Probleme an. Die berufstätige Familie des Sohnes konnte die Mutter auf Dauer nicht mehr rund um die Uhr versorgen. Das erste Heim ließ zu wünschen übrig. Das zweite war nicht besser. Weil Werner K. seiner Mutter den psychischen Stress eines weiteren Umzugs um jeden Preis ersparen wollte und weil er bei der Heimleitung auf taube Ohren stieß, dokumentierte er mit einer versteckten Kamera die offensichtlichen Pflegemängel per Video.

Die Kamera zeichnete alles auf, was an fünf Tagen und Nächten mit seiner Mutter geschah. RTL griff sofort zu und strahlte die Bilder quotenträchtig aus. Der inzwischen vielfach auch von anderen Sendern wiederholte Zusammenschnitt zeigt eine bis auf die Knochen abgemagerte alte Frau im Gitterbett, die nackten

Beine zwischen den Stäben verheddert, übersät mit blauen Flecken, die Bettdecke auf dem Boden. Ein wild gestikulierender Pfleger reißt die Türe auf, hebt die Decke vom Boden auf, wirft sie der wehrlosen Frau über den Kopf und verschwindet schimpfend. Schwer erträgliche Bilder. Die Nation war erschüttert. Der Heimleiter dagegen sah keinerlei Diskussionsbedarf mit den Angehörigen, erteilte dem Sohn Hausverbot und verfügte den Rauswurf der Mutter aus dem Heim. Vor Gericht verlor der Heimleiter allerdings. Inzwischen ist die alte Dame wieder zu Hause – eine Ausnahme.

Kritische Angehörige, wie Werner K., sind in Heimen nicht gern gesehen. Als „ausgemachten Skandal" bezeichnet sein Anwalt Alexander Frey die zahlreichen Hausverbote, mit denen diktatorische Heimleitungen den Kontakt zwischen Bewohnern und ihren Familien unterbinden und sich so unliebsame Kritik vom Hals schaffen.

17,4 Mrd.

Euro Ausgaben in der sozialen Pflegeversicherung 2007

QUELLE: BMGS ZAHLEN UND FAKTEN ZUR PFLEGEVERSICHERUNG

12 Stunden nichts zu trinken

Doch Werner K. ließ sich nicht einschüchtern und kürzte die Rechnung um die im Heimvertrag vereinbarten und schließlich berechneten, aber keineswegs erbrachten Leistungen. Die Heimleitung klagte und bekam Recht. [redacted] denn er hätte vor Gericht nicht beweisen können, dass seine Mutter zwölf Stunden und länger nichts zu trinken bekam, nie an die frische Luft geführt wurde, und auch das Essen inakzeptabel war. So sei es meistens, wenn Angehörige es endlich einmal wagten, sich gegen die mangelhafte Erfüllung des Heimvertrages zu wehren. „Kritiker werden mundtot gemacht und die Gerichte spielen mit", kritisiert Frey, der seit 25 Jahren Pflegebedürftige und ihre Angehörigen vertritt.

Wenn alte Menschen 12 bis 14 Stunden nichts zu trinken bekommen, trocknen sie aus. Druckgeschwüre entstehen schneller. Gefährliche Pflege verursache nicht nur unendliches Leid, sie koste den Steuerzahler jedes Jahr Milliarden. Durch Krankenhausaufenthalte, Operationen, Reha, Transporte, überfordertes Personal. Der Skandal werde aber akzeptiert, weil eine ganze Industrie daran verdiene, wettert Frey. „Diese Milliarden ins Personal gesteckt und wir hätten eine Traumpflege für deutlich weniger Geld."

Seit einigen Jahren treffen sich einmal im Monat in München und in anderen Städten Angehörige, Pflegepersonal und Politiker zum „Pflege-Stammtisch". Jeder einzelne Mitstreiter hat eine Leidensgeschichte zu erzählen, ob als Mobbing-Opfer im Pflegedienst oder als pflegender Angehöriger.

Pflegedienste rechnen falsch ab

Manchmal ist auch ein 80-Jähriger dabei, der lieber nicht genannt werden möchte. Seit zehn Jahren pflegt er seine Alzheimer-demente Frau im Heim – jeden Tag acht Stunden. „Weil es meiner Frau sonst nicht gut geht." „Ich weiß, dass sie spürt, wenn ich bei ihr bin", sagt er. Jeden Tag fährt er mit ihr spazieren – bei Wind und Wetter, weil sie das bisschen Lebensqualität einfach braucht, auch wenn seine „Kräfte schon langsam nachlassen". Knapp 3500 Euro kostet das Heim im Monat. 1432 Euro zahlt die Kasse für die Pflegestufe III. Neben der 500-Euro-Rente seiner Frau zahlt die Tochter jeden Monat 600 Euro dazu, den Rest von 920 Euro muss er selbst bezahlen. Für Miete und Leben bleiben ihm nicht einmal 500 Euro.

2

2,1 Mio.

Menschen beziehen Leistungen aus der Pflegeversicherung. Davon 1,4 Millionen ambulant und 0,7 Millionen stationär

QUELLE: BMGS ZAHLEN UND FAKTEN ZUR PFLEGEVERSICHERUNG

Mit seinen 80 Jahren hat der fürsorgliche Ehemann längst aufgegeben, gegen den schäbigen Umgang auf der Pflegestation und die abweisende Heimleitung zu kämpfen. „Ich brauche meine ganze Kraft für meine Frau", sagt er. „Sie glauben ja gar nicht, wie schön sie einmal war. Sie war die Allererste, damals 1953, die sich ein Cocktailkleid genäht hat. Sie war einfach die Schönste, meine Frau –

3

VERHUNGERN IM HEIM

DER ANWALT ALEXANDER FREY KÄMPFT FÜR DIE RECHTE MISSHANDELTER HEIMBEWOHNER.

Alexander Freys Kritik: „Die UN haben Deutschland vor sieben Jahren aufgefordert, sofort die Situation in Pflegeheimen zu verbessern. Vor kurzem stellte das Institut für Menschenrechte immer noch gravierende Menschenrechtsmängel fest.

So werden 384 000 Heimbewohner nicht sicher mit Essen und Trinken versorgt und 440 000 sind von offenen Wunden bedroht oder haben Druckgeschwüre. Das Personal ist hoffnungslos überarbeitet. Pflegestandards werden nicht von unabhängigen Ärzten überprüft. Krankenhauseinweisungen aus Heimen z.B. wegen Austrocknung werden nicht registriert, Verantwortliche nicht zur Rechenschaft gezogen. Angehörige und Ehrenamtliche können Hausverbot erhalten, wenn sie Kritik üben. Sie haben keine Möglichkeit zu gerichtlicher Überprüfung.

Viele Pflegeeinrichtungen erfüllen täglich tausendfach die Tatbestände der Körperverletzung und Freiheitsberaubung. 80 Prozent der Bewohner leben unfreiwillig in Heimen. Trotzdem zahlt die Pflegeversicherung mehr fürs Heim als für Pflege daheim.

Die aktuellen Gesetzesänderungen verbessern wenig. So wird nach wie vor nicht überprüft, ob das Versicherungsgeld von den Heimen korrekt ausgegeben wird. Auch in Zukunft kann also z.B. so genanntes Phantompersonal abgerechnet werden." ■

***Alexander Frey** ist Sprecher des Arbeitskreises gegen Menschenrechtsverletzungen.*

wir haben uns ein Leben lang gut verstanden, da kann ich sie doch jetzt nicht hängen lassen!“ Verstohlen wischt er sich über die feuchten Augen.

Böse Überraschung

Auf der Suche nach einem Heimplatz werden Angehörige alleingelassen. Es gebe ja keine Möglichkeiten für den Verbraucher, die Qualtiät der Heime zu vergleichen, konstatiert Anwalt Frey. Und gerade in Heimen, die „von außen mordsmäßig etwas hermachen“, könne man oft böse Überraschungen erleben. „Ein Großteil der Heime hat schändlich versagt, egal ob der Träger kirchlich, kommunal oder privat ist.“

Untersuchungen legen den Schluss nahe: Nicht nur in der stationären Pflege, auch bei vielen ambulanten Diensten wird betrogen, was das Zeug hält. Die AOK Hessen hat festgestellt, dass 50 Prozent der Pflegedienste falsch abrechnen. Weil es nicht kontrolliert wird, berechne jeder zweite Pflegedienst Fantasie-Leistungen, die er nicht erbracht habe.

Werner K. ist mit dem Pflegedienst, der jeden Tag dreimal zu seiner Mutter kommt, recht zufrieden. Auch darüber, dass er es nach langem Kampf und nach dem Umzug in eine gekaufte behindertengerechte Wohnung noch geschafft hat, seine 99-jährige Mutter in die Geborgenheit der Familie zurückzuholen. Hier wird sie weder herumkommandiert, noch ausgeschimpft wie im Heim. Mit Sohn, Schwiegertochter und Enkeltöchtern sitzt die Greisin am Kaffeetisch und schaut Bilder von früher an. Werner K. hält seiner Mutter ein Foto hin. „Wir sind viel gereist, gell, Mama!? Weißt Du noch, wo das war, da gehst du die Gangway hinunter vom Flugzeug?“ Und Ernestine K. lächelt und sagt:„Ja, Marokko!... Das war eine schöne Zeit!...“ ■

RECHT AUF MITSPRACHE

BRIGITTE BÜHRLEN KÄMPFT FÜR DIE RECHTE DER ANGEHÖRIGEN.

Die Ziele und Forderungen der Angehörigenvertreter: Da ein Großteil der Heimkosten aus Privatvermögen bezahlt wird, muss es ein Mitwirkungs-und Kontrollrecht für die betreuungsbefugten Angehörigen und Freunde geben.

Die Angehörigen und Freunde Pflegebedürftiger (jeglichen Alters!) werden sich in Interessenverbänden bundesweit, regional und kommunal organisieren und müssen dann in allen dieses Thema bearbeitenden Gremien stimmberechtigt vertreten sein.

Die ganzheitliche Betreuung in Heimen muss gewährleistet werden, die Pflegebedürftigen haben ein Recht auf Lebensqualität und Lebensfreude! Es kann nicht sein, dass nur die Verwahrung bezahlt wird!

Die Leistungsbezieher und die Leistungserbringer müssen an erster Stelle stehen, sie müssen gehört werden und ein Mitbestimmungsrecht bekommen bei allen Entscheidungen, die dieses Thema betreffen.

Die Lücke zwischen Basis und politischer Entscheidungsebene muss geschlossen werden. Es muss mit der Basis gesprochen werden, nicht nur über sie! ■

Ende Mai soll sich in Hamburg der Bundesverband konstituieren. Kontakt:
brigitte.buehrlen@web.de
www.wir-pflegen.net

MENSCHENUNWÜRDIGE PFLEGE IST FOLTER

Claus Fussek und Gottlieb Schober decken auf, wie mit schlechter Pflege viel Geld verdient wird. *Interview Veronika Neukum*

Abendessen auf dem Klostuhl: Wenn Claus Fussek Beschäftigte von Altersheimen fragt, ob sie die Situation kennen, nicken fast alle.

In Ihrem Buch: „Im Netz der Pflegemafia – wie mit unwürdiger Pflege Geschäfte gemacht werden“, kommen Sie beide zu dem Schluss, dass in der Altenpflege Artikel 1 des Grundgesetzes quasi außer Kraft gesetzt ist.

Schober: Eigentlich müsste es heißen, „die Würde der alten Menschen ist antastbar“. Denn „pflegeerleichternde Maßnahmen“, wie es zynisch-harmlos heißt, also Fesselungen, Psychopharmaka-Missbrauch und ähnliche Foltermethoden, sind leider an der Tagesordnung. Hilflose Menschen werden zudem häufig so behandelt, dass sie zwangsläufig in eine höhere Pflegestufe eingruppiert werden müssen. Denn dahin vegetierende Pflegebedürftige bringen nach der Logik der Pflegeversicherung mehr Geld, als Menschen, deren noch bestehende Fähigkeiten ständig gefördert werden. Die Folgen sind volkswirtschaftlich gesehen der reine Wahnsinn, vom menschlichen Leid ganz zu schweigen.

Claus Fussek, Sie kämpfen seit vielen Jahren für bessere Bedingungen in der Pflege. Die Missstände sind die gleichen wie eh und je. Täuscht der Eindruck?

Fussek: Die Problematik hat sich sogar verschärft. Aber das Thema wird inzwischen öffentlich diskutiert. Immer mehr Pflegekräfte und Heimleiter machen zwar den Mund auf, wehren sich. Meist wollen sie jedoch unerkannt bleiben. Ein Outing brächte Mobbing, Jobverlust, sozialen Abstieg mit sich. Wir haben weit über 40 000 Beschwerden bekommen.

Schober: Der Medizinische Dienst der Kranken- und Pflegekassen hat festgestellt, „dass in einer Vielzahl von Pflegeheimen die Nahrungs- und Flüssigkeitszufuhr nicht mehr sichergestellt werden kann“. Im Klartext: Pflegebedürftige Menschen hungern und verhungern beziehungsweise trocknen aus. Und das im Pflegeheim. Wohlgemerkt: Wir sprechen hier nicht vom Elend der Flüchtlinge im Sudan, sondern von Pflegeheimen in Deutschland.

Wie ist das möglich?!

Fussek: Unsere alten, pflegebedürftigen Menschen sind halt keine kleinen Eisbären! Wir waren auf Gut Aiderbichl, dem Tierasyl in der Nähe von Salzburg. Die Tiere dort bekommen täglich für 10 bis 20 Euro Futter. Gehen Sie mal ins Pflegeheim. Ein Heimleiter sagte uns 2,08 Euro, der andere redet von 4 Euro, die pro Tag für Essen ausgegeben werden. Ich finde

FOTOS: DIRK BLEICKER

es ungeheuerlich, was für ein Fraß den alten Leuten vorgesetzt wird.

Und trotzdem ist Pflege extrem teuer. Unter 3000 Euro im Monat ist kein Heimplatz zu haben. Wie passt das zusammen?

Schober: Eines ist klar. Solange mit schlechter Pflege viel Geld verdient werden kann, wird sich nichts ändern. Selbst die Krankenkassen scheinen kein großes Interesse daran zu haben. Warum stellen sie den Verantwortlichen kaum Regressforderungen für teure „Pflegefehler“ wie z.B. Druckgeschwüre?

Fussek: „Ambulant statt stationär“ heißt der Grundsatz. Aber die stationäre Pflege wird nach wie vor bevorzugt. Vor allem in der Pflegestufe I gibt es auch in Zukunft an die 1000 Euro in der stationären Pflege und rund 400 Euro in der ambulanten Pflege. Warum soll ich da die Leute ambulant pflegen, wenn ich sie in Pflegestufe I auch ins Heim stecken kann? Damit ist viel mehr Geld zu verdienen.

Schober: Die Wohlfahrtsverbände können sich doch nicht die eigene Konkurrenz im System aufbauen. Das heißt: Die ambulante Pflege wird nach wie vor nur als „Minutenpflege“ angeboten, damit die Auslastung der Heime nicht gefährdet ist.

Fussek: Eine Kommune, die den bedarfsgerechten Ausbau von ambulanter Pflege forciert, schadet sich finanziell selber. Die Menschen können länger in ihrer eigenen Wohnung verbleiben – die Kommune ist dann allerdings zuständig für die Übernahme der Pflegekosten, wenn die Pflegeversicherung nicht ausreicht. Bei einem Umzug ins Pflegeheim wäre der überörtliche Kostenträger zuständig.

Wo bleibt die Politik?

Fussek: Es ist grotesk: In den Vorständen und Aufsichtsräten der Wohlfahrtsverbände sitzen doch Politiker. Das ist doch eine klare Interessenkollision!

Schober: Die Politik macht mit. Ich würde sogar behaupten, die Politik ist nicht mehr Akteur, sie ist mittlerweile Spielball der diversen Lobbygruppen geworden. Dazu gehören Medizinischer Dienst, Krankenkassen, die mächtigen Träger-Verbände wie der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste, dann die Wohlfahrtsverbände, Caritas, Diakonie, AWO, Rotes Kreuz. Die haben eine solche Macht, dass die Politik nur noch reagieren kann. Das ist zumindest mein Eindruck.

Und der Rest schaut weg?

Fussek: Der Rest schaut weg. Aber vielleicht können wir ja mit unserem Buch dazu beitragen, dass die Bevölkerung endlich begreift, dass wir hier über unsere eigene Zukunft reden, dass es uns früher oder später alle angeht! ■

Claus Fussek: *Diplom Sozialpädagoge – beschäftigt sich seit einem Vierteljahrhundert mit Missständen in der Altenpflege*
Gottlob Schober: *Diplomkaufmann – freier TV-Journalist – ARD-Politmagazin „Report Mainz“*

WENN SIE HILFE SUCHEN

HANDELN STATT MISSHANDELN
Bonner Initiative gegen Gewalt im Alter e.V.
Goetheallee 51, 53225 Bonn,
Notruf: 0228 - 69 68 68
Info: 0228 - 63 63 22
www.hsm-bonn.de

ARBEITSKREIS GEGEN MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN
Alexander Frey, Rechtsanwalt
alexanderfreyrechtsanwalt@t-online.de

PFLEGE-SELBSTHILFEVERBAND E.V.
Initiative für menschenwürdige Pflege
www.pflege-shv.de

BUND DER PFLEGEVERSICHERTEN E.V.
Von Schonebeck Ring 90
48161 Münster
Telefon: 02533/33 59
www.bund-der-pflegeversicherten.de

FORUM SOZIALSTATION
www.forumsozialstation.de

Weitere Beschwerdestellen:
www.verhungern-im-heim.de

Gottlob Schober (l.) und Claus Fusseck decken Pflege-Missstände auf.

BUCHTIPP
C. Fussek / G. Schober
Im Netz der Pflegemafia
Wie mit menschenunwürdiger Pflege Geschäfte gemacht werden
C.Bertelsmann Verlag, 2008, 400 Seiten, Euro 14,95
ISBN 978-3-570-01009-9

»PFLEGE IM MINUTENTAKT BEDEUTET GROSSES LEID FÜR ALLE BETROFFENEN«

20 Jahre lang war Eva Ohlert Altenpflegerin. Im „vorwärts“ beschreibt sie das Leid in den Heimen und wie das Personal unter Druck gesetzt wird.

Es gibt so viele motivierte, gute Altenpfleger. Aber wenn wir unsere Arbeit gewissenhaft machen wollen, bleibt irgendetwas auf der Strecke. Von uns wird verlangt, wie Maschinen zu funktionieren. Ich kann einem Menschen mit einem Schlaganfall oder mit Parkinson doch nicht sagen, „gehen's ein bisschen schneller, sie müssen in drei Minuten wieder von der Toilette zurück sein“. Ich kann ihn doch nicht stehen lassen, wenn er es in der Zeit nicht schafft. Was soll ich da tun? Es kann doch nicht sein, dass ein Mensch nach der Stoppuhr essen, trinken und ausscheiden muss! Ich kann damit nichts anfangen.

„Pflege im Minutentakt“ funktioniert nicht. Der Versuch ist gescheitert. Warum dauert es so lange, bis man diesen Unsinn wieder abstellt?! Das Ergebnis ist doch nur unendliches Leid für alle Beteiligten. Ich bin eine Altenpflegerin, die ihren Beruf gerne gemacht hat – zwanzig Jahre lang. Ich kann nicht mehr. Ich bin keine Maschine. Wenn ich sehe, wie die alten Menschen leiden, dann leide ich auch. Ich nehme das mit nach Hause. Und das macht krank, depressiv. Ich habe oft versucht, etwas zu ändern. Ich habe mit Kollegen gesprochen, mit Vorgesetzten, mit Angehörigen, mit Bewohnern.

Die Kollegen reagieren oft mit Unsicherheit und Angst. Sie haben Angst, ihre Arbeit nicht mehr zu schaffen. Die Leute haben Angst um ihren Arbeitsplatz. Wir kriegen gesagt: „Wenn Sie Ihre Arbeit nicht schaffen, stehen für Sie genug andere auf der Straße.“ Das finde ich gemein. Der vorherrschende Führungsstil: Druck – offen oder ganz subtil. Die Träger wollen schwarze Zahlen schreiben. Also wird mit wenig Geld und wenig Personal Pflegequalität vorgetäuscht. Zwar sind die Pflegeschlüssel meist beeindruckend – nur: Wie viele der Planstellen sind wirklich besetzt? Und wie viel davon ist Stammpersonal?

Es gibt aber auch Kollegen, die setzen Magensonden aus Bequemlichkeit. Die Ernährung mit dem Schlauch sichert zwar die tägliche Kalorienzufuhr, man nimmt den Menschen aber auch den letzten Genuss – das Schmecken. Es ist wie auf der Intensivstation. Aber dann gibt's – Gott sei Dank – auch noch diejenigen Pflegekräfte, die am Bett stehen, und mit einem Löffel das Essen eingeben, die, wenn der Mensch langsam schluckt, eine Stimulierung am Hals machen, den Hals streicheln, dass der Schluckreflex wieder in Gang kommt.

Wir brauchen Anerkennung

In der Altenpflege herrscht eine ganz schlechte Stimmung. Da können Pflegekräfte nicht immer freundliche, liebevolle Pflege leisten. Das Klima in den Heimen wäre besser, wenn man uns anständig behandeln, besser bezahlen und unsere Leistung anerkennen würde. Ohne Druck würden wir ganz gut arbeiten. Wir brauchen keinen Druck, wir brauchen Anerkennung.

Es heißt immer: Wir haben zu wenig Pflegekräfte. Ich kann nur sagen: Pflegt die Pflegenden! Wenn die auch noch weg sind, von wem möchten Sie denn, bitte schön, noch gepflegt werden? ■

FOTOS: DIRK BLEICKER

BESCHLOSSEN: GÜTESIEGEL FÜR PFLEGEHEIME

Gesundheitsministerin Ulla Schmidt erklärt, was nach der Reform besser wird.

Interview Veronika Neukum

Die Pflegereform bringt Qualität und Transparenz und damit Erleichterung für Millionen, sagen die Politiker. Kritiker sprechen von Flickschusterei. Inwieweit haben Sie dafür Verständnis?
Kein Verständnis. Die Pflegereform bringt so viele Verbesserungen und Vorteile, für Pflegebedürftige und auch für deren Familien, dass eine Aufzählung dieses Interview sprengen würde. Zum ersten Mal gibt es zusätzlich eine Leistung für geistig behinderte Menschen. Die Versicherten werden durch mehr Transparenz im System in die Lage versetzt, gute Angebote von schlechten zu unterscheiden. Die Pflegeversicherung wird von uns mitten in die Gesellschaft hinein gepflanzt. Sie bekommt ein neues, menschliches Gesicht. Ich bin stolz auf diese Reform.

FOTO: ROLF SCHULTEN

Die Pflegestützpunkte bleiben Ländersache. Bezahlt werden sie von den Pflegekassen. Kontrolliert sich da der Kontrolleur nicht selbst?
Diese Angst ist nicht begründet. Die Pflegekassen sind dazu da, Leistungen zu bezahlen – ob ambulant oder stationär. In den Diensten der Pflegekassen stecken die Kompetenz, die Erfahrung, das Engagement, und auch sehr oft die Zuwendung, die die Menschen brauchen. Wir sollten stolz auf eine moderne Pflegeversicherung sein, um die uns andere Länder beneiden.

„Ausreichend Personal", wie im Gesetz steht, ist unkonkret. Konkret wäre: Für wie viele alte, demente Menschen soll ein Pflegender im Heim zuständig sein? Denn wie wollen Sie gute, aktivierende Pflege garantieren, wenn das Pflegepersonal ausgepowert ist?
Wir sorgen dafür, dass Pflegeheime künftig deutlich mehr und besser auf ihre Qualität hin überprüft werden und ausreichend Personal vorhalten müssen. Das ist ein wichtiger Erfolg der Pflegereform. Ein Gütesiegel in Form eines Ampel- oder Sternesystems zeigt dem Versicherten dann, ob ein Heim gut oder schlecht ist. Um künftig bestehen zu können, wird ein Heim es sich nicht leisten können, die gesetzlichen Vorgaben zu umgehen.

Die Heimträger dürfen auch zukünftig ihre Bilanzen geheim halten, sodass weiterhin Milliarden kassiert werden, ohne dass klar ist, wer etwas davon hat. Warum sind die Heimträger nicht zu mehr Transparenz verpflichtet?
Den Sohn oder die Tochter, die ein Heim für einen Elternteil suchen, interessiert die überprüfte und testierte Qualität. Sie wollen selbst aussuchen und bei der Suche Klarheit haben. Das können Angehörige künftig. Es wird also genau die Klarheit hergestellt, die Sie bezweifeln. ■

„Qualitätsschub für die Pflege" – *Interview mit MdB Karl Lauterbach* ***www.vorwaerts.de***

RATGEBER
Ambulante Pflegedienste
Wie man unter der Vielzahl der Pflegedienste den richtigen Anbieter findet, darüber informieren die Verbraucherzentralen der Bundesländer.

192 Seiten, 9,90 Euro
www.vzbv.de

ANZEIGE

SCHRIEB WIRTSCHAFT GESETZE SELBST?

Über 100 Lobbyisten arbeiten jährlich in den Bundesministerien an Gesetzentwürfen mit, bezahlt von Wirtschaft und Unternehmensverbänden. Der Bundesrechnungshof sieht darin „erhöhte Risiken von Interessenkonflikten“. Bundestagspräsident Norbert Lammert verlangt von der Regierung mehr Transparenz „so dass der Bundestag weiß, wer an welchen Gesetzen, die die Bundesregierung ihm weiterleitet, wie mitgewirkt hat“. Aus der SPD kommt die Forderung, „die Tätigkeit dieser Einflussagenten aus einzelnen Unternehmen sofort zu beenden“, so Vorstandsmitglied Hermann Scheer. ■ *LH*

3. DEMO-KOMMUNAL-KONGRESS

Am 5. und 6. Juni veranstaltet die DEMO ihren 3. bundesweiten Kommunalkongress in Berlin. „Die Bürgerkommune schaffen“ und „Daseinsvorsorge für das 21. Jahrhundert“ sind diesmal die Themen. Als Referenten sind u.a. der SPD-Vorsitzende Kurt Beck sowie der Präsident des Deutschen Städtetags, Münchens OB Christian Ude, dabei. Auch die „Kommunalfüchse“ werden wieder verliehen. Die Bewerbungsfrist dafür läuft noch bis zum 5. Mai. ■ *KD*

Infos und Anmeldung: ***www.demo-online.de***

Kostenloses Probeheft:
Berliner vorwärts Verlagsges. mbH, Stresemannstr. 30, 10963 Berlin, Tel.: 0 30/2 55 94-130, Fax: 0 30/2 55 94-199, E-Mail: vertrieb@demo-online.de www.demo-online.de

Kommunalpolitik besser machen

Neue Herausforderungen erfordern moderne Kommunalpolitik.

Lesen Sie mehr in der DEMO 05/2008:

Titel
Deutschlands bunte Kommunen

DEMO-Bericht
Der jüngste Bürgermeister

DEMO-Report
Verwaltungsmodernisierung

SGK-Beilagen
Infos der SGK-Landesverbände

SEXY STEINBRÜCK: I LOVE CASH

Das gibt`s doch nicht! Peer Steinbrück hat nicht nur einen Waschbrettbauch und riesige Arm- und Brustmuskeln, er präsentiert seinen Topbody auch noch öffentlich: im Internet. Wer www.i-love-cash.de anklickt, erlebt den Bundesfinanzminister als coolen Rapper. Zugegeben, die Bilder sind eine Animation. Aber die Sätze Steinbrücks sind Originalzitate. „I love cash“, verkündet er und „Ja, ich will Überschüsse.“ Schließlich sein Outing: „Ich bin nicht der Ärmelschonertyp mit dem Ratzefummel und dem Bleistift in der Hand, der immer nur nein sagt.“ Als hätten wir das nicht geahnt. Wer will, kann den RapPeer umstylen: mit Sonnenbrille und Silberkette oder Muskelshirt und Afrolocken – und klüger werden. Wer links den Hamster anklickt, erfährt, dass Deutschland wie ein Hamster im Laufrad in der Schuldenfalle sitzt, und wie der Finanzminister uns daraus befreit. Weiter so, Peer! ■ *LH*

DEUTSCHLAND IST LIEBLING

Die BBC hat 17 000 Menschen in 34 Ländern gefragt, von welchem Staat sie ein positives Bild haben. Das Ergebnis: Deutschland ist das weltweit beliebteste Land. 56 Prozent aller Befragten bewerten die Bundesrepublik positiv. Nur 18 Prozent sehen Deutschland eher negativ. Auf den weiteren Plätzen der Beliebtheitsskala folgen Japan, die EU, Frankreich und Großbritannien. ■ *LH*

»WEGSEHEN SCHWÄCHT DIE DEMOKRATIE«

Vor einer Wiederbelebung nationalsozialistischer Anschauungen warnte Hans-Jochen Vogel in seiner viel beachteten Rede anlässlich des 75. Jahrestages der Verabschiedung des so genannten Ermächtigungsgesetzes. Nach dem Einzug der NPD in Landesparlamente sei „nicht nur der Staat, sondern jeder einzelne in der Pflicht“, so Vogel im Bundestag. „Wer wegsieht oder die Achseln zuckt, schwächt die Demokratie.“ Vogel würdigte die SPD-Fraktion, die sich vor 75 Jahren als einzige den Nazis entgegenstellte. ■ *LH*

Die Rede im Wortlaut: ***www.vorwaerts.de/magazin/artikel.php?artikel=6946&type=2***

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH

Fritz Gerstl,
ehem. MdB,
zum 85. Geburtstag

Alfred Emmerlich,
ehem. MdB,
Rudolf Schieler,
ehem. MdEP und Landesminister,
zum 80. Geburtstag

Katrin Fuchs,
ehem. MdB und PV-Mitglied,
Albrecht Müller,
ehem. MdB,
zum 70. Geburtstag

Brigitte Erler *und*
Sabine Uecker,
ehem. MdB,
Dieter Spöri,
ehem. PV-Mitglied und Landesminister,
zum 65. Geburtstag

Doris Barnett,
MdB,
zum 55. Geburtstag

Elker Ferner,
MdB und ehem. stellv. SPD-Vorsitzende,
zum 50. Geburtstag

» Alles klar und alles bestens. «

SPD-Parteichef Kurt Beck
zur einstimmigen Einigung der SPD-Spitze auf ein Modell zur Bahnreform

»STARKE STIMMEN GEGEN RECHTS«

Hoher Besuch am Puschkin-Gymnasium im brandenburgischen Hennigsdorf. Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) schaute vorbei, um die CD „Starke Stimmen gegen Rechts“ vorzustellen. Auf der CD setzen 18 deutsche Musiker ein Zeichen gegen Intoleranz. Exemplare sollen an Schulen in ganz Deutschland verteilt werden. Initiiert haben das Projekt das Online-Magazin „blick nach rechts“, die Initiative „Gesicht Zeigen!“, die „Amadeu Antonio Stiftung“ und das Jüdische Museum Berlin. Unterstützt wurden sie dabei vom Bundesverband der Musikindustrie und der Warner Music Group. Mit der Scheibe soll ein Gegenpol zu den „Schulhof-CDs“ der rechten Szene gesetzt werden. „Ich hoffe, dass aus diesem Projekt etwas Dauerhaftes wird, etwas, das Verbreitung findet“, sagte Steinmeier. Diese Hoffnung scheint sich zu erfüllen. Alle 50 000 Exemplare waren nach wenigen Tagen vergriffen. ■ *KW*

FOTOS: WWW.I-LOVE-CASH.DE, MARCO URBAN, LORENZ RICHTER

100 CDS FÜR EURE AKTIONEN GEGEN RECHTS!

Bewerbt Euch mit Euren Ideen:
www.vorwaerts.de

WIDER DIE ZWEI-KLASSEN-MEDIZIN

Die SPD macht mobil gegen lange Wartezeiten für Kassenpatienten: „Wir brauchen gleiche Honorare für Ärzte für gleiche Leistungen. Dafür benötigen wir eine einheitliche Honorarordnung, die für gesetzliche wie privat Versicherte gleichermaßen gilt“, so die stellvertretende SPD-Vorsitzende Andrea Nahles. Auch SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach will, dass ärztliche Leistungen für Privat- wie Kassenpatienten gleich honoriert werden. ■ *LH*

GLEICHER LOHN FÜR ZEITARBEITER?

Hintergrund: Immer mehr Menschen verdienen in Deutschland mit Zeitarbeit ihren Lebensunterhalt. Heute sind es schon 650 000, doppelt so viele wie noch vor vier Jahren. Leiharbeiter leisten die gleiche Arbeit wie betriebsinterne Arbeitnehmer, bekommen aber deutlich weniger Lohn. SPD und Gewerkschaften wollen, dass sie nach einer Einarbeitungszeit die gleiche Bezahlung erhalten wie die Stammbelegschaft. Union und Arbeitgeber lehnen das ab.

Pro

Detlef Wetzel,
Zweiter Vorsitzender der IG Metall

»Die Ungleichbehandlung von Beschäftigten widerspricht den Menschenrechten.« *Detlef Wetzel*

Ohne Unterschied, hat jeder das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Dieser Satz stammt nicht aus dem Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) sondern aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948. Die Verwirklichung der Menschenrechte wird allgemein als „gemeinsames Ideal" der Menschheit bezeichnet, und ihre Bedeutung wurde in vielen Erklärungen betont. Nur in Bezug auf die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter nimmt man es mit diesen Idealen nicht so genau. Sie verdienen bei gleicher Arbeit im Durchschnitt 30 bis 40 Prozent weniger als Stammbelegschaften. Diese Ungleichbehandlung von Beschäftigten widerspricht den Menschenrechten und unserem gewerkschaftlichen Grundverständnis.

Beschäftigte erster und zweiter Klasse darf es nicht geben. Darum fordert die IG Metall „Gleiche Arbeit – gleiches Geld". Für diese Forderung spricht eine zweite Feststellung: Leiharbeit wird längst nicht mehr dazu genutzt, Auftragsspitzen aufzufangen, sondern um Stammarbeitsplätze zu ersetzen. Durch die damit verbundene rasante Zunahme von Leiharbeit hat sich in den Betrieben ein Niedriglohnsektor etabliert, der die Standards für alle Beschäftigten unter Druck setzt und die gesamte Belegschaft verunsichert. Darum muss der Missbrauch von Leiharbeit gestoppt werden.

Hier ist auch die Politik gefordert. Sie hat mit der Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes Fehlentwicklungen ausgelöst, die jetzt wieder korrigiert werden müssen. Ein erster wichtiger Schritt wäre die vom Bundesverband Zeitarbeit, Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen e.V. und vom DGB geforderte Einführung des Mindestlohns für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter durch die Aufnahme der Zeitarbeit ins Entsendegesetz. Der Tarifvertrag, der von den beiden Arbeitgeberverbänden und dem DGB ausgehandelt wurde, muss die absolute Lohnuntergrenze sein und Schutz vor menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen bieten. Weitere Schritte müssen folgen: wie die Wiedereinführung des Synchronisationsverbotes* oder der maximalen Verleihzeit an einen Betrieb. Ungeschützte prekäre Arbeit kann kein Leitbild für unsere Gesellschaft sein.

**Arbeitsverträge für Zeitunternehmen dürfen nicht identisch sein mit der Dauer des bevorstehenden Einsatzes.*

+

Kontra

Volker Enkerts,
Präsident des Bundesverbandes Zeitarbeit Personal-Dienstleistungen (BZA)

»Gleiche Löhne in der Zeitarbeit bedeuten hire and fire.« *Volker Enkerts*

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" oder auch „Equal Treatment" in der Zeitarbeit – das hört sich gut an, aber ist es gerecht?

1. Zeitarbeitnehmer kommen in den unterschiedlichsten Unternehmen zum Einsatz. Mit Equal Treatment, also der Anwendung des Gleichheitsgrundsatzes, wäre für den einzelnen Zeitarbeitnehmer bei jedem neuen Einsatz auch ein neuer Lohn verbunden – und bei jedem Einsatzwechsel müsste der Mitarbeiter mit einem finanziellen Rückschlag rechnen. Auf die Spitze getrieben: Würde ein Zeitarbeitnehmer jeden Tag im Monat in einem anderen Einsatzbetrieb arbeiten, könnte er bis zu 23 unterschiedliche Löhne erhalten. Die Lohnabrechnung: ein Roman aus Zahlen, kaum verständlich und Streit vorprogrammiert. Bei der Tarifvertragslösung weiß der Mitarbeiter, was er verdient. Er hat Planungssicherheit!

2. Equal Treatment ist oftmals kostspieliger. Die Folge wäre ein ständiger Austausch von Zeitarbeitnehmern in den Einsatzbetrieben immer zu dem Zeitpunkt, ab dem Equal Treatment greifen würde. Das hat schon das Job-Aktiv-Gesetz von 2002 bis 2003 gezeigt. Damals musste man ab dem 13. Monat Equal Treatment gewähren. Beschäftigungen über den 12. Monat hinaus waren eher der Einzelfall.

3. Besonders betroffen von einer Equal-Treatment-Regelung wären niedrig qualifizierte Mitarbeiter. Ihre Arbeit würde in Deutschland zu teuer. Gerade in diesem Segment aber trägt Zeitarbeit ganz wesentlich zum Beschäftigungsaufbau bei. Denn gerade für diese Menschen ist Zeitarbeit häufig die letzte Chance, in den Arbeitsmarkt integriert zu werden.

4. Auch der Blick auf unsere europäischen Nachbarn hilft nicht weiter. In Belgien zum Beispiel wird nach „Equal Pay" bezahlt. Aber: Ist der Einsatz beendet, verliert der Zeitarbeitnehmer seinen Job. Noch nicht einmal die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall wird übernommen. Wird der Zeitarbeitnehmer krank, kann das schon das Ende des Einsatzes bedeuten. Der Mitarbeiter steht dann ohne Absicherung da.

In Deutschland ist das anders. Hier ist der Mitarbeiter bei seinem Zeitarbeitunternehmen dauerhaft beschäftigt, bezieht sein vertraglich vereinbartes Entgelt auch in Zeiten des Nichteinsatzes und seine Arbeitsbedingungen richten sich nach Zeitarbeit-Tarifverträgen. Fazit: Equal Treatment in der Zeitarbeit bedeutet „hire and fire", Zeitarbeitnehmer verlieren ihre Sicherheit und ihre fairen, tarifvertraglich vereinbarten Löhne, viele Tausend Arbeitplätze würden unnötig gefährdet. Wäre das gerecht?

–

FOTOS: BZA, IG METALL

IM BLICKPUNKT

SCHÖNE »PROFIS«

„Es ist nicht berechtigt und menschlich schäbig, Frau Matthäus-Maier zum Sündenbock zu machen“, so SPD-Fraktionsvize Joachim Poss nach dem Rücktritt der KfW-Chefin. Die Forderung, nun müsse ein „Profi“ ihre Aufgabe übernehmen, sei „ungebührlich“, da sie der Sozialdemokratin Professionalität abspreche. Was von den „Profis“ zu halten sei, zeige ein Blick auf die Chefs der großen US-Investmentbanken, die Milliarden verzockt hätten. Poss fragt: „Misst sich die Professionalität an der Höhe der Verluste?“ ■ *LH*

»

Beck gehört in der Politik zu den Menschen, die chronisch unterschätzt werden. Er kann die Menschen begeistern, wenn er eine faire Chance bekommt. «

Karl Lauterbach, MdB

»IM AUSLAND WERDEN WIR DARUM BENEIDET«

Sozialdemokratische Gewerkschafter waren es, die Anfang der 80er Jahre die Initiative für eine besondere Versicherung für selbstständige Künstler und Publizisten vorangetrieben hatten: die Künstlersozialversicherung (KSV). Am 6. Mai feiert sie ihr 25-jähriges Bestehen. „Wirklich ein Grund zum Feiern, denn trotz aller Versuche im Laufe der Jahre, das Gesetz zu kippen, ist die KSV zu einer Erfolgsgeschichte geworden“, sagt Angelika Krüger-Leißner, Berichterstatterin der SPD-Fraktion. „Im Ausland werden wir darum beneidet.“ Denn viele Künstler haben keine regelmäßigen Einnahmen, manche leben am Rande des Existenzminimums. Da ist die KSV ein notwendiges Angebot für eine solidarische Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung. Wie Arbeitnehmer zahlen selbständige Künstler und Publizisten nur den halben Beitrag in die Künstlersozialkasse.

Die andere Hälfte teilen sich die Verwerter (30 Prozent) und der Bund (20 Prozent). Inzwischen gibt es 160 000 versicherte Künstler und Publizisten – Tendenz steigend. Aufgrund der anhaltenden Verdrängung aus abhängiger Beschäftigung wird die Zahl weiter zunehmen. Entsprechend mehr Mittel braucht die KSV „Mit der dritten Novelle des KSV-Gesetzes haben wir dafür gesorgt, dass künftig alle abgabepflichtigen Unternehmen erfasst werden“, so Krüger-Leißner. Bis dahin hatten sich viele Betriebe vor der Künstlersozialabgabe gedrückt. „Derzeit organisieren Wirtschaftsverbände regelrechte Kampagnen, um die KSV grundsätzlich in Frage zu stellen“, kritisiert Krüger-Leißner. „Das werden wir nicht zulassen!“ ■

GLEICHSTELLUNG ÜBERFÄLLIG

Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass die Hinterbliebenenversorgung in berufsständischen Versorgungseinrichtungen auf Lebenspartner auszudehnen ist, wenn die Lebenspartnerschaft wie in Deutschland mit der Ehe vergleichbar ist. „Die Gleichstellung von Lebenspartnerschaften in der Beamtenversorgung ist überfällig“, kommentiert Siegmund Ehrmann, der zuständige Berichterstatter der SPD-Frakion, das Urteil. Die Gesetzgeber in Bund und Ländern seien deshalb jetzt aufgerufen, das Beamtenversorgungsrecht entsprechend zu novellieren. „Wir appellieren an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, den Weg frei zu machen, um die Lebenspartner in die Beamtenversorgung des Bundes einzubeziehen, nachdem dazu jetzt auch eine zwingende rechtliche Notwendigkeit besteht“, so Ehrmann. ■ *LH*

MEHR RENTE: JUNGE SAGEN JA IN DER SPD

Im Gegensatz zur Union trifft die Rentenerhöhung beim Parteinachwuchs der SPD auf Zustimmung. „Die Rentner haben in den vergangegen Jahren drei Nullrunden hinnehmen müssen“, sagt SPD-Vize Andrea Nahles. Sie hätten ihren Beitrag zur Generationengerechtigkeit geleistet. Juso-Chefin Franziska Drohsel betont, dass höhere Renten nicht zu Lasten der Jüngeren gingen: „Auch die junge Generation profitiert von einer Stärkung der Binnenkaufkraft durch die Rentenerhöhung.“ Ein Aufschwung für alle müsse auch bei den Rentern ankommen. ■ *LH*

SPD AKTIV FÜR PASSIVHÄUSER

Vor dem Hintergrund steigender Energiepreise und der Verknappung fossiler Brennstoffe will die SPD ab 2020 nur noch Baugenehmigungen für so genannte Passivhäuser erteilen. „Wir brauchen scharfe Verbrauchsstandards, um Energie zu sparen und so die Abhängigkeit vom Öl zu verringern“, sagte der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Ulrich Kelber. Daher müsse die Passivbauweise zur Pflicht werden. Bei Häusern dieser Art wird der überwiegende Teil des Wärmebedarfs aus passiven Quellen wie der Sonneneinstrahlung und der Abwärme von Personen und Geräten gedeckt. Auf eine Heizung kann aufgrund der guten Isolierung nahezu verzichtet werden. In Deutschland wird der Bau von Passivhäusern bereits mit einem zinsvergünstigten Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau gefördert. Ein weiteres Förderprogramm soll mit Hilfe des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes aufgelegt werden. Dieses befindet sich derzeit noch im Gesetzgebungsprozess. Es sieht zudem vor, dass die Nutzung Erneuerbarer Energien in Neubauten zukünftig verpflichtend ist. ■ *KD*

FÜR DEN BUNDESTAG NUR ÖKOSTROM

Ab Herbst wird es im Bundestag keinen Atom- oder Kohlestrom mehr geben. Die Baukommission hat beschlossen, die komplette Versorgung des Parlaments auf Ökostrom umzustellen. Ein neuer Stromliefervertrag wird nun europaweit ausgeschrieben. Er soll zunächst auf ein Jahr begrenzt sein. Bislang liefern die Leipziger Stadtwerke Strom aus einem Energiemix und ergänzen damit die Menge, die der Bundestag bereits selbst erzeugt. 40 Prozent stellt das Parlament in mit Biodiesel betriebenen Blockheizkraftwerken sowie mit Hilfe von Solarzellen her. Mit dem neuen Stromliefervertrag setzt der Bundestag nach Ansicht der SPD-Parlamentarier Iris Gleicke, Ulrich Kelber und Matthias Miersch „ein deutliches Signal, seine eigene Umweltbilanz weiter zu verbessern“. ■ *KD*

FOTOS: GOTTFRIED STOPPEL, DIRK BLEICKER (2)

CDU/CSU

UNION SCHÜTZT NPD VOR VERBOT

Die Blockade eines NPD-Verbots durch CDU und CSU stößt auf scharfe Kritik. Dieter Graumann, der Vizepräsident des Zentralrats der Juden, spricht von einer „Selbstaufgabe des Staates“ und einem „Zeichen von Hilflosigkeit und Resignation“. Sebastian Edathy (SPD), Vorsitzender des Innenausschusses, hält die Argumentation der Union für „lächerlich“ und „absurd“. Für die Union sei die NPD so gefährlich, dass man sie selbst für eine begrenzte Zeit nicht unbeobachtet lassen könne, aber sie sei angeblich nicht gefährlich genug, um sie zu verbieten. „Nach dieser Ansicht wäre eine Partei umso sicherer vor einem Verbot, je antidemokratischer sie sich gebärdet.“ ■ *LH*

GRÜNE

REGIEREN – EGAL MIT WEM

Die Grünen wollen ohne Koalitionsaussage in den Bundestagswahlkampf 2009 gehen. Vor den letzten Wahlen hatten sie sich stets zu Rot-Grün bekannt. Nun wollen sie „jede Option prüfen“, um an die Regierung zu kommen, so Parteichef Reinhard Bütikofer. Für Renate Künast gehört das „alte Lagerdenken“ der Vergangenheit an. Und Jürgen Trittin will die Grünen so stark machen, dass bei der nächsten Regierungsbildung „niemand an den Grünen vorbei kommt“. ■ *LH*

FDP

WESTERWELLE SETZT AUF UNION

Die FDP will in die nächste Bundestagswahl mit einer klaren Koalitionsaussage gehen. „Wir werden eine Koalitionsaussage dann machen, wenn sie ansteht, also unmittelbar vor der nächsten Bundestagswahl“, so FDP-Chef Guido Westerwelle. Keinen Zweifel lässt der FDP-Vorsitzende allerdings bereits jetzt daran, zu welchem Partner er tendiert. „Es spricht viel dafür, dass wir eine Koalitionsaussage zugunsten einer bürgerlichen Mehrheit machen werden.“ ■ *LH*

FOTOS: DPA, ECOPIX/GEBERT

» Beckstein hat die Fraktion nicht im Griff, und Huber repräsentiert Bayern in Berlin mehr schlecht als Recht. «

Gabriele Pauli zur Krise der CSU

NPD

»NATIONALE SOZIALISTEN« MACHEN MOBIL ZUM 1. MAI

Die NPD tarnt sich als „sozialpolitische Erneuerungsbewegung“. Dazu startete sie die Kampagne „Sozial geht nur national“. Dabei hat die NPD die Protestwähler der Linken im Blick. Versucht die Linke, die SPD- und DGB-Forderung nach einem Mindestlohn von 7,50 Euro zu übertreffen, indem sie 8,00 Euro verlangt, setzt die NPD noch eins drauf: 8,80 Euro Mindestlohn ist ihre Forderung. Das Perfide dabei: Die 88 steht im Nazi-Jargon für „Heil Hitler“, beginnend jeweils mit dem 8. Buchstaben des Alphabets. So verbrämt die NPD Sozialpopulismus mit Nazismus, ganz wie die NSDAP, die sich bewußt „national-sozialistisch“ nannte. Höhepunkt der NPD-Kampagne soll ein geplanter Aufmarsch am 1. Mai in Nürnberg sein. Nachdem sich im letzten Jahr in Frankfurt 700 Neonazis unter dem Motto „Arbeit statt Dividende - Volksgemeinschaft statt Globalisierung“ versammelt hatten, rechnet die NPD in Nürnberg mit 1500 Teilnehmern. ■ *LH*

ANZEIGE

EIN FRIEDENSZEICHEN SETZEN

Sie helfen alten und kranken Menschen. Sie setzen sich ein für Versöhnung und gegen Rassismus – die jungen Freiwilligen der Aktion Sühnezeichen. *Von Heidi Friedrich*

1- 3 | Friedensdienst im Pflegeheim in New York: Marian Meinen mit Alba Gormez und Edna Franklyn, mit Dorothea Rosenberg und mit William Dears.

Freitag war für Max Kienzerle immer ein ganz besonderer Tag. Da traf er sich mit Rabbi Hilel Himmel im Isabella Geriatric Center in New York, um den jüdischen Gottesdienst für die Bewohner des Pflegeheims mitzugestalten. Daran nehmen auch Holocaust-Überlebende teil. „Diese Erfahrung werde ich nie vergessen," sagt Max. Den 20-Jährigen aus Miesbach bei München und den Rabbiner, der vier Konzentrationslager überlebt hat und schließlich von amerikanischen Truppen aus dem KZ Dachau befreit wurde, verbindet seither eine außergewöhnliche Freundschaft. Ein Jahr lang war Max als freiwilliger Mitarbeiter des Vereins Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) im Isabella-Pflegeheim tätig. Früher wurden dort überwiegend alte, schwerkranke jüdische Bewohner gepflegt. Heute leben dort auch viele lateinamerikanische Einwanderer. „Hilel war immer sehr herzlich zu mir und vollkommen begeistert von der Arbeit der Freiwilligen. Er betonte stets, dass meiner Generation für die Geschehnisse des Nationalsozialismus keine Schuld zukommt. Diese Einstellung erfordert eine innere Größe, die ich sehr bewundere", erzählt Max.

Max ist einer von etwa 180 jungen Freiwilligen, die jährlich von Aktion Sühnezeichen für ein Jahr vor allem in jüdische Einrichtungen in Europa und in den USA vermittelt werden. Sie betreuen ehemalige Zwangsarbeiter und Holocaust-Überlebende, begleiten Schulklassen bei Gedenkstättenbesuchen, fördern in Verständigungsprojekten den Dialog über religiöse, politische und ethnische Grenzen hinweg, unterstützen Flüchtlinge und Asylsuchende, helfen psychisch Kranken und Menschen mit Behinderungen, leben und arbeiten mit Obdachlosen oder vernetzen Antirassismusgruppen. Das Engagement kann in Deutschland als Freiwilliges Soziales Jahr oder als Zivildienst anerkannt werden.

Marian Meinen aus Aurich hatte seinen Zivildienst bereits absolviert, als er sich bei Aktion Sühnezeichen bewarb. Er trat im vergangenen Jahr im Isabella in Max' Fußstapfen. „Ich sehe meine Arbeit als Friedensdienst, den ich auch gemacht hätte, wenn ich kein Deutscher wäre. Jeder sollte sich meiner Meinung nach ein Stück weit sozial engagieren, egal in welchem Bereich. Denn wir alle können einmal in eine Situation kommen, in der wir auf fremde Hilfe angewiesen sind", sagt Marian. Er liest den Senioren vor, bastelt mit ihnen oder begleitet sie auf Spaziergängen. Dabei entstehen oft enge Kontakte. „Man baut Vertrauen auf, erzählt sich Probleme und Wünsche, deshalb ist es für mich nicht einfach, mitzuerleben, wenn Menschen sterben, die ich täglich besucht habe", erzählt er. „Die Gespräche mit schwer kranken Menschen, ihre positiven und negativen Erinnerungen an ihre Vergangenheit haben mich sehr geprägt. Ich habe mit der Zeit verstanden, wie wertvoll das Leben ist und wie sehr wir darauf achten müssen, jeden Tag sinnvoll zu nutzen. Als junger Mensch ist man sich dieser Tatsache oft gar nicht bewusst", sagt er.

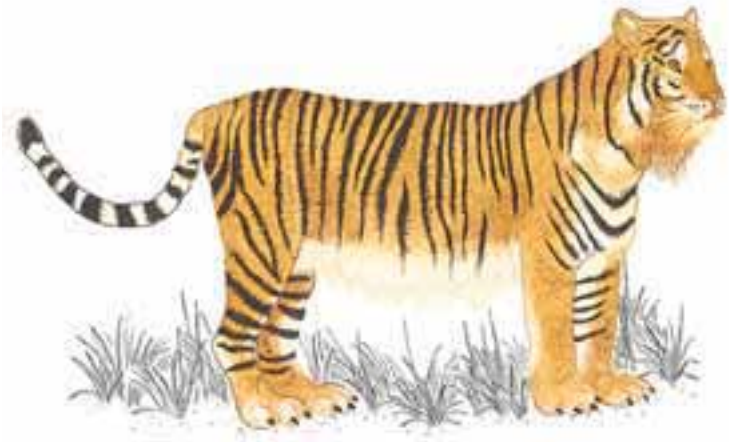
Dieses Jahr feiert Aktion Sühnezeichen ihr 50-jähriges Bestehen. „Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus sowie die Verpflichtung zu konkretem Handeln gegen Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und für Frieden, Verständigung und die Einhaltung der Menschenrechte waren von Anfang an Leitmotive des Vereins," sagt Johannes Zerger, Sprecher von ASF. Wer bei Aktion Sühnezeichen mitmachen will, muss ein Aufnahmeverfahren einschließlich Motivationsschreiben, Auswahlseminar und Praktikum durchlaufen. ASF will damit die Bewerber persönlich kennenlernen, um ein passendes Projekt für sie zu finden, und die Freiwilligen optimal auf ihre zukünftige Arbeit vorbereiten. Doch vieles ist für die Freiwilligen aus Deutschland „learning by doing". „Vor allem im Umgang mit Demenzkranken geht es darum, Geduld zu beweisen und auf ihre Bedürfnisse zu achten", erzählt Max.

Während seiner Zeit in New York wurde ihm zudem ein Einblick in den kulturellen Alltag jüdischer Familien gewährt. Einige Male wurde er von Angehörigen seiner Patienten zum Schabbat-Essen und in die Synagoge eingeladen. Somit war Max' Freiwilligendienst ein Geben und Nehmen. „Ich habe durch meine Arbeit versucht, ein Zeichen des Bewusstseins für die damaligen Geschehnisse zu setzen und Verantwortung zu übernehmen, nicht nur gegenüber den Opfern, sondern auch für eine bessere Zukunft. Jeder kann auf seine Weise ein Stück zum Frieden beitragen." ■

FOTOS: PRIVAT

Aktion Sühnezeichen wurde Ende April 1958 auf der Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands gegründet. Zusätzlich zu den Freiwilligendiensten bietet ASF jedes Jahr mehr als 20 internationale Sommerlager an. Bewerbungsinfos: ***www.asf-ev.de***

ANZEIGE



VOM MENSCHEN AUSGEROTTET

Dodo und Berber-Löwe, Goldkröte und Bodensee-Steinbrech – die Liste ausgestorbener und bedrohter Arten wird immer länger. Politik und Wirtschaft wollen gegensteuern.

Von Fréderic Verrycken

Langnasenbeutler, Kaspischer Tiger, Roberts-Litschi-Wasserbock, Seychellen-Sittich und viele Tiere mehr sind schon verschwunden.

BUCHTIPP

Die Bilder der ausgestorbenen Tiere stammen aus
Brehms verlorenes Tierleben
Es wurde 2007 von der Stiftung Buchkunst prämiert als eines der schönsten Bücher der Welt.

Hanna Zeckau und Carsten Aermes
Brehms verlorenes Tierleben
Illustriertes Lexikon der ausgestorbenen Vögel und Säugetiere. Mit 60 Monografien aus Brehms Tierleben, 70 farbigen Bildtafeln und 3 Übersichtskarten Verlag Zweitausendeins 2007, 260 Seiten, 29,90 Euro, ISBN 978-3-86150-794-9

Zunehmend taucht ein sperriges Wort in der Diskussion um den Umweltschutz auf: Biodiversität. Ein Begriff, der Umweltexperten etwas sagt, nicht aber unbedingt der breiten Öffentlichkeit. Worum es geht? Weltweit sterben immer mehr Tiere, Pflanzen und Organismen aus: Ursache ist meist der Mensch, der sich immer weiter in bisher unberührte Landschaften ausbreitet, das Klima aufheizt und zunehmend industrielle Landwirtschaft betreibt, die sich auf immer weniger und oft hoch gezüchtete Arten beschränkt.

Im Gegensatz zum Klimaschutz liegt für Verbraucher nicht auf der Hand, wie sie konkret zum Erhalt der Biodiversität beitragen können. Wer sich ein energiesparendes Haushaltsgerät anschafft oder den Stromanbieter wechselt, unternimmt etwas zum Schutz des Klimas. Doch wie kann man die Artenvielfalt retten? „Mit intelligentem Konsum“, meint Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD). Wer zum Klimaschutz beitrage, unternehme aktiv etwas für die Biodiversität, so der Minister. Doch es gibt noch weitere Möglichkeiten: „Nutzen Sie in Ihrer Küche lokale, regionale und zertifizierte Produkte, pflanzen Sie einheimische Arten im Garten an, unterstützen Sie Schutzgebiete und Projekte zum Schutz seltener Tier- und Pflanzenarten“, führt Gabriel aus.

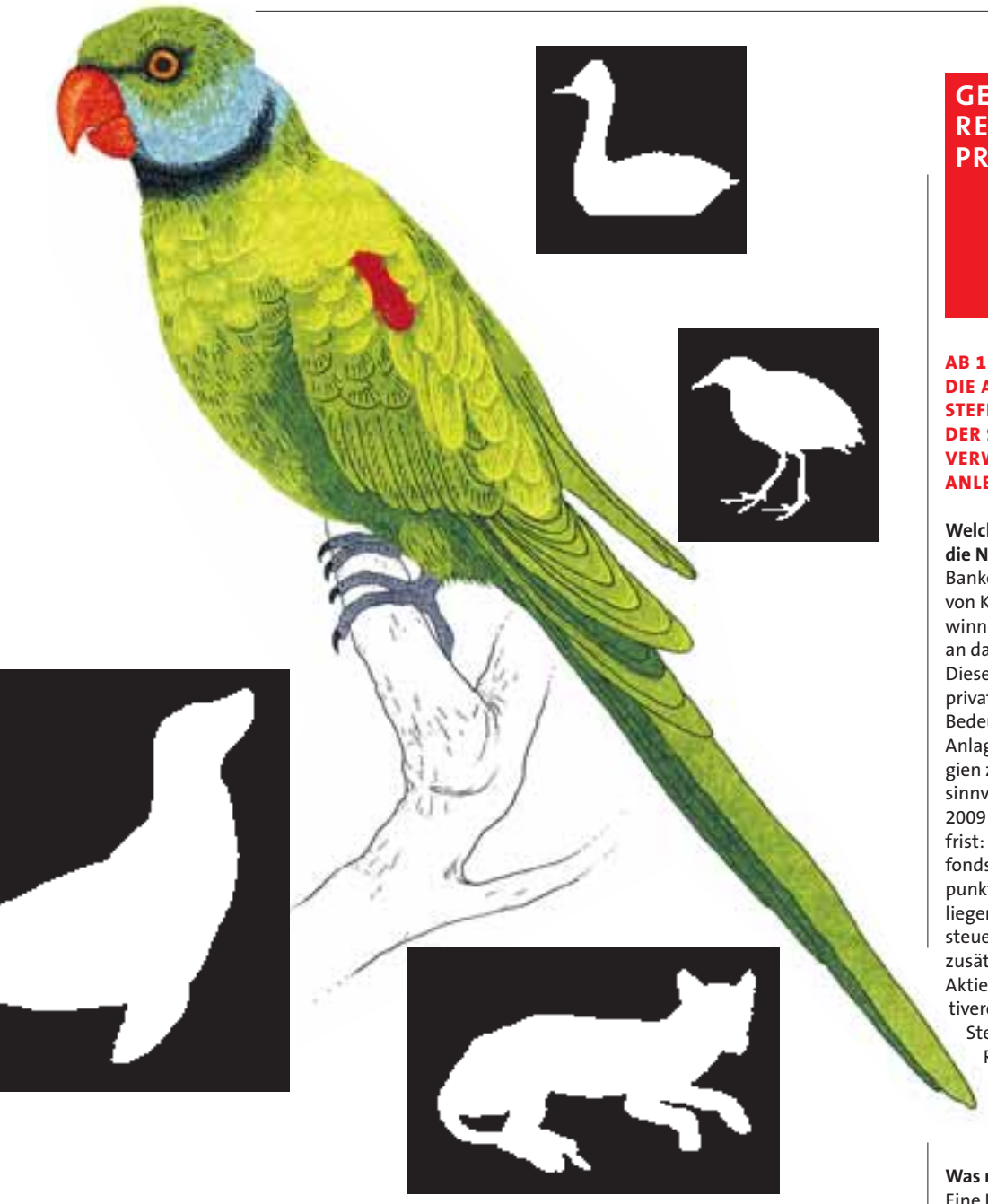
Sag mir, wo die Blumen sind

Ein weiteres Manko bei diesem Thema: Es gibt keine verlässlichen Zahlen über die Anzahl der Arten auf unserem Planeten. Professor Klaus Dierßen und Aiko Hauff vom Öko-Institut in Kiel gehen davon aus, dass eine globale Inventur der Biodiversität bei einer jährlichen Neubeschreibung von mehr als 10 000 Arten noch ungefähr 500 Jahre in Anspruch nehmen würde. Wahrgenommen wird oft nur das Aussterben bestimmter Wirbeltierarten, etwa des Dodos, des Berber-Löwen oder kürzlich der Goldkröte. Das Aussterben von Pflanzenarten, ganz zu schweigen von Mikroorganismen, entzieht sich der öffentlichen Aufmerksamkeit, auch wenn deren Fehlen gravierende Auswirkungen auf das globale Ökosystem haben kann.

Umso bemerkenswerter ist, dass das Thema nun dank der Initiative des Bundesumweltministeriums in der Öffentlichkeit wieder wahrgenommen wird. Vielleicht liegt es auch am Paukenschlag, mit dem Gabriel einen Neustart der bereits 1992 auf der Weltumweltkonferenz in Rio de Janeiro geführten Debatte einleitete: Gabriel will die Unternehmen in die Pflicht nehmen. Denn „allein mit ordnungspolitischen Instrumenten ist das Artensterben nicht aufzuhalten“, so der Minister.

Rund 30 Unternehmen, darunter Volkswagen, Lufthansa und Karstadt haben sich bereits der vom Ministerium ins Leben gerufenen Initiative „Business and Biodiversity“ angeschlossen. Die Unternehmen verpflichten sich unter anderem, die Auswirkungen ihres Handelns auf die biologische Vielfalt zu analysieren und Maßnahmen zum Schutz zu ergreifen. Ausdrücklich werden Kooperationen mit Partnern wie Naturschutzorganisationen, aber auch eine Einbindung der Zulieferer erwartet. Jährlich sollen die Firmen ihre Aktivitäten in einem Nachhaltigkeitsbericht dokumentieren, alle zwei bis drei Jahre sollen die Ziele evaluiert und angepasst werden. „Was hier freiwillig geschieht, ist

ILLUSTRATIONEN: HANNA ZECKAU, CARSTEN A



deutlich mehr, als Gesetze verlangen“, so Gabriel.

Unternehmen lernen von Pflanzen und Tieren

„Bislang sind sich jedoch nur wenige Unternehmen ihrer Verantwortung bewusst“, kritisiert der Minister. Er hofft, dass es spätestens mit der 9. UN-Vertragsstaatenkonferenz vom 19. bis 30. Mai in Bonn mehr werden. Teilnehmen werden Delegationen aus 190 Staaten, die bislang dem „Übereinkommen über die biologische Vielfalt“ beigetreten sind, Vertreter von Nichtregierungsorganisationen und die Medien. Aber auch Wirtschaftsvertreter sollen ausdrücklich eingeladen werden.

Und die wollen sich beteiligen: „Wir sind mit Blick auf das große Engagement der Bundesregierung optimistisch, dass die Konferenz nicht nur große Reden erlebt, sondern auch handfeste Ergebnisse haben wird“, so Michael Scholing-Darby, VW-Konzernrepräsentant in Berlin. Das Unternehmen beschäftigt sich allerdings schon länger mit dem Schutz der biologischen Vielfalt und arbeitet hierzulande eng mit dem Naturschutzbund zusammen. Alle zwei Jahre erstellt der Wolfsburger Konzern einen Nachhaltigkeitsbericht, in dem die Umweltschutzaktivitäten an den weltweit 48 Standorten, darunter Aufforstungs- und Renaturierungsprojekte, dargestellt werden.

Artenschutz wird für Unternehmen zunehmend interessanter. Natürliche Rohstoffe werden für viele Produkte gebraucht, etwa bei Arzneien oder Kosmetika. Zunehmend lernt die Wirtschaft auch von Pflanzen und Tieren. Mit der Bionik, der Kooperation von Biologie und Technik, ist in den letzten Jahren eine neue Wissenschaft in den Blickpunkt der Öffentlichkeit geraten. Sie analysiert die Wirkmechanismen der Natur und versucht, sie für den Verbraucher nutzbar zu machen. Ein Beispiel: Das Lotosblatt. Seine Fähigkeit zur Selbstreinigung war die Grundlage zur Erfindung der Wasser abweisenden Windschutzscheibe. Nicht zu vernachlässigen für die Unternehmen ist, dass Verbraucher zunehmend ökologisch korrektes Handeln erwarten. Ein Beitrag zur Artenvielfalt nützt daher auch dem Image. ■

Mehr zum Thema im Interview mit Bundesumweltminister Sigmar Gabriel:
www.vorwaerts.de

FOTOS: DIRK BLEICKER, WALTRAUD GRUBITZSC

GELDANLAGE RECHTZEITIG PRÜFEN

AB 1. JANUAR KOMMT DIE ABGELTUNGSTEUER. STEFFEN HAASE, LEITER DER SEB-VERMÖGENSVERWALTUNG, GIBT ANLEGERN TIPPS.

Welche Auswirkungen haben die Neuerungen?
Banken werden zukünftig von Kapitalerträgen und Gewinnen 25 Prozent Steuern an das Finanzamt abführen. Diese neue Regelung hat für private Anleger eine große Bedeutung, da bestimmte Anlageformen und -strategien zukünftig nicht mehr sinnvoll sind. Ab 1. Januar 2009 entfällt die Spekulationsfrist: Aktien oder Aktienfonds, die ab diesem Zeitpunkt gekauft werden, unterliegen künftig der Abgeltungsteuer. Dadurch sinkt die zusätzliche Rendite von Aktien gegenüber konservativeren Anlagen um diesen Steuerabzug. Mehr Risiko wird nicht mehr durch höhere Renditen belohnt.

Was raten Sie Betroffenen?
Eine Inventur der Kapitalanlage noch in diesem Jahr, um kein Geld zu verlieren, etwa für eine geplante Altersabsicherung. Denn Umschichtungen innerhalb des Fonds sind von der Steuer nicht betroffen. Für Anleger sind etwa Dachfonds, also Wertpapierfonds, die wiederum in andere Investmentfonds investieren oder auch Vermögensverwaltungsfonds sinnvolle Investitionen. Eine andere Alternative stellen Versicherungsummantelungen des Wertpapierdepots dar. Neben einem aktiven Management der Kapitalanlagen erhält der Anleger damit einen Versicherungsschutz. Welches die beste Möglichkeit für den Anleger ist, lässt sich in einem individuellen Beratungsgespräch klären. ■ *FV*

www.seb-bank.de/specials/abgeltungsteuer

GESUNDHEIT FÜRS HAUS

Die Wellness-Welle hat die Eigenheime erreicht.

„Wohngesund“ heißt das neue Zauberwort. Die Angst vor gesundheitsschädlichen Stoffen wie Asbest oder Weichmachern treibt die Häuslebauer um. Die Konsequenz: Bauherren suchen nach Materialien, die natürlich, baubiologisch oder eben „wohngesund“ sind. So gibt es inzwischen Wandfarben für Allergiker, die auf Lösungsmittel und Weichmacher

Lehmbau neu entdeckt: Handwerker bei einem Seminar der Stiftung Denkmalschutz.

verzichten. Lehm erfährt als Baumaterial eine Renaissance, weil Häuserwände atmen sollen, damit sich keine Schimmelpilze bilden. Und Schafwolle oder Flachs werden zur Wärmedämmung eingesetzt. Aber auch über diese Maßnahmen hinaus entwickeln sich Eigenheime immer mehr zu Bollwerken gegen die Belastungen des Alltags. Immer dichtere Fenster schützen vor Lärm, Filter in Lüftungsanlagen halten Pollen draußen. Zum Schutz vor Elektrosmog weben Gardinenhersteller sogar Metallgitter in ihre Vorhänge ein. Dem im Haus produzierten Elektrosmog von Geräten und Leitungen versuchen Hersteller mit abgeschirmten Kabeln und Netzschaltern beizukommen.

Die für empfindliche Nasen wohl angenehmste Entwicklung gibt es bei Polstermöbeln. Erfindern ist es gelungen, den Bezugsstoffen kleine Zuckerringe beizumischen, die Tabakrauch, Haustiermief und andere Gerüche an sich binden. Da steht der Erholung nichts mehr im Weg. ■ *KD*

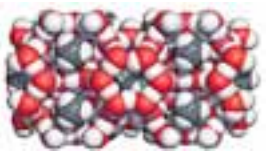
JENSEITS VON SONNE, WASSER UND WIND

Um unseren Energiebedarf zu decken, gehen Forscher ungewöhnliche Wege.

Von Fréderic Verrycken

Wasser-, Windkraft- und Solarenergie sind mittlerweile anerkannte ökologische Alternativen zu fossilen Energieträgern wie Kohle und Erdgas, aber auch zur Kernenergie. Gerade bei Windrädern und Sonnenkollektoren ist Deutschland weltweit Spitze in Entwicklung und Export.

Doch während die alternativen Energiequellen in einer Vielzahl von Ländern noch Zukunftsmusik sind, zerbrechen sich Wissenschaftler bereits die Köpfe, wie die wachsende Erdbevölkerung von aktuell 6,6 Milliarden Menschen auch in Zukunft mit Energie versorgt werden kann. Drei Beispiele:



GRAFISCHE MOLEKÜLSTRUKTUR VON CH4 · 5,75 H2O / METHANHYDRAT

Des einen Traum, des anderen Albtraum: Methanhydrat liefert Energie, aber sein Abbau schadet dem Klima.

Energie ist überall: ein Blick auf Caspar David Friedrichs Kreidefelsen auf Rügen, 1818

Algenfarmen

Der britisch-niederländische Shell-Konzern baut zurzeit eine Algenfarm zur Gewinnung von Biokraftstoff an der Küste Hawaiis. Der Vorteil von Algen im Vergleich zu anderen Biomasselieferanten wie Raps, Zuckerrohr, Heu und Holz ist ihr schnelles Wachstum: Algen können ihr Gewicht täglich mehr als verdoppeln.

Auch deutsche Energieversorger wie E.on investieren im großen Maßstab in Versuchsanlagen. Attraktiv für deutsche Forscher und Unternehmen sind Algen noch aus einem weiteren Grund: Sie binden das klimaschädliche CO_2 und wandeln es in Biomasse um. Getestet werden soll das Verfahren ab Mai in einer Versuchsanlage in Hamburg. Der Klimanutzen bei einem industriellen Einsatz stößt allerdings noch an Grenzen, denn zur Bindung der Kohlendioxid-Emissionen eines Kohlekraftwerks werden riesige Flächen benötigt. Für die Kompensation der CO_2-Emissionen eines modernen Steinkohlekraftwerks bräuchte man derzeit mehr als 200 Quadratkilometer Algenfarmen. Das entspricht etwa der Fläche Hannovers.

Brennbare Lebewesen

Lebewesen, die nur zur Energieerzeugung herangezüchtet werden: Was nach ökologischem Alptraum klingt, ist – zumindest im Labor – bereits Wirklichkeit. Der US-Forscher Craig Venter, der im Jahr 2000 mit der Entschlüsselung des menschlichen Genoms weltweit in die Schlagzeilen geriet, hat das erste komplett künstliche Chromosom entwickelt. Basis ist ein simpler Einzeller mit Namen Mycoplasma genitalium. Den Krankheitserreger hat Venter entschärft und sozusagen neu programmiert. Ziel des umstrittenen Gen-Pioniers: im großen Maßstab künstliche Gensequenzen in Bakterien einzubauen. Die Designer-Organismen sollen dann Bioethanol oder Wasserstoff produzieren.

Methanhydrat

Frank Schätzings Ökothriller „Der Schwarm“ hat den Blickpunkt der Öffentlichkeit auf das brennbare Eis in den Meeresregionen der Kontinentalabhänge gelenkt. Große Vorkommen gibt es aber auch an Land – im Permafrostboden Alaskas, Kanadas und Sibiriens. Es bildet sich bei großem Druck und niedrigen Temperaturen durch Verwesung von Pflanzen und Lebewesen. Seit einigen Jahren schon wird die Nutzung des erstmals 1971 im Schwarzen Meer entdeckten Methanhydrats zur Deckung des Energiebedarfs diskutiert. Pilotanlagen zur Förderung gibt es bereits in Alaska und Japan. Geht es nach der amerikanischen Regierung, so soll die Energiequelle schon im kommenden Jahrzehnt nutzbar gemacht werden.

Befürworter sehen in den weltweit auf zwölf Trillionen Tonnen geschätzten Methanhydrat-Vorkommen einen schier unerschöpflichen Energieträger. Kritiker halten einen Abbau des fossilen Energieträgers für unverantwortlich: Austretendes Methangas ist um ein vielfaches klimaschädlicher als CO_2. Zudem ist nicht abzuschätzen, welche Folgen der Abbau für das Leben in den Weltmeeren hat. ■

FOTO: DPA, AKG-IMAGES

ANZEIGE

Camilo: Der Film handelt von dem ersten Kriegsdienstverweigerer des letzten Irakkriegs, Camilo Mejia aus Nicaragua, und vom Mexikaner Fernando Suárez, der seinen Sohn im Irak verlor.

FOTO: CAMILO/STEELECHT

DIE WEGE DER OPFER

In seiner jahrzehntelangen Karriere hat Peter Lilienthal mehr als vierzig bewegende und poetische Filme gedreht. In seinem jüngsten Werk »Camilo« geht es wieder um sein zentrales Thema: die Menschlichkeit.

Von Klaus Eder, Fotografie Dirk Bleicker

Es trifft immer die Ärmsten der Armen. Fernando Suárez, ein Mexikaner, kratzt ein bisschen Erde zusammen an dem Ort, an dem sein Sohn starb, 19-jährig, im Krieg der Amerikaner im Irak. Warum musste sein Sohn sterben? Warum dieser Krieg? Peter Lilienthals Film „Camilo“ stellt diese Fragen nicht. Sie stellen sich von allein. Camilo aus Nicaragua, auch er nahm als amerikanischer Soldat an diesem Krieg teil, sagt über sein Eindringen in irakische Familien: „Wir tranken ihr Wasser, wir saßen in ihren besten Sesseln, wir hatten dabei die besten Absichten.“ Erst später merkte er, wie sehr seine Arroganz der Macht die Menschen im Irak demütigte. Die Deformationen, die dieser Krieg Camilo beibrachte, hat er auf den Punkt gebracht und, was ja keineswegs selbstverständlich ist, öffentlich ausgesprochen. „Der lange Weg zum Ungehorsam“ heißt Lilienthals Film im Untertitel. Damit ist Camilo Mejias Weg vom Kriegsdienst zum Kriegsdienst-Verweigerer beschrieben – ein Weg voller Zweifel und voller Fragen.

Peter Lilienthal ist ein leiser, eindringlicher, unideologischer Film gelungen, ein Film nicht gegen den Krieg im Irak, sondern über Menschen, die unter ihm leiden. Er hört den Menschen geduldig zu und erlaubt ihnen, von ihren Erfahrungen und von ihrem Leid zu sprechen. Kriege sind schlecht, das wissen wir alle. „Camilo“ lässt uns fühlen, warum das so ist.

Gespür für die Machtlosen

Für die Armen, die Machtlosen, die Unterprivilegierten hatte Lilienthal schon immer ein besonderes Gespür, gleich ob in dokumentarischen Filmen (wie „Camilo“) oder in Spielfilmen. Das hat mit seiner Biografie zu tun. Geboren wurde er 1929 in Berlin. 1939 verließ seine jüdische Familie Deutschland und emigrierte nach Montevideo, Uruguay. Seine Mutter betrieb dort ein kleines Hotel, in dem vor allem deutsche Emigranten unterkamen. Die Erfahrung des Exils machte ihn sensibel für das Thema der Macht und ihrer Opfer. Man kann das an den Schriftstellern ablesen, deren Werke er verfilmte, als er Mitte der 50er Jahre zum Studium nach Deutschland zurückkehrte und später beim Südwestfunk in Baden-Baden unterkam. Es waren Autoren, die nicht auf einen sicheren Platz in ihrer Gesellschaft rechneten, die Wanderer zwischen den Welten und heimatlos waren, wie Fernando Arrabal, Slawomir Mrozeck, Witold Gombrowicz, Robert Walser,

» Man kann Emotionen erzeugen und Politiker zum Handeln bringen und so eine Achse der Hoffnung schaffen. Das sollte nicht nur eine Illusion bleiben. «

Peter Lilienthal

»Ich werde oft gefragt, ob eine politische Dokumentation etwas bewirken kann. Ich weiß es nicht. Etwas spricht dafür: Berichtet niemand über den Hunger, schickt auch niemand Essen.«

Peter Lilienthal

auch Antonio Skármeta, der chilenische Autor, der damals in Berlin im Exil lebte.

Man sieht es auch an seinen lateinamerikanischen Filmen: Der Kontinent bot ihm ja genügend Stoff. Auch hier gilt seine Sympathie den Opfern der Macht, sie gilt Menschen, die sich zu wehren beginnen: den Frauen der Siedlung Nuova Palena an der Peripherie von Santiago in dem Film „La Victoria"; den Opfern der (chilenischen) Militär-Junta in „Es herrscht Ruhe im Land"; der Bevölkerung der nicaraguanischen Stadt León in „Der Aufstand". In seinem Film „Das Autogramm" finden ein Boxer und ein Bandoneon-Spieler in einer Provinzstadt zu Freundschaft und zu Solidarität gegen die Machthaber. All das sind Filme, die ohne Stars gedreht wurden, oft mit Laien, immer an originalen Schauplätzen. Alle erwecken den Eindruck der Authentizität, als sei man dabei und blicke ins tatsächliche Leben. Auch wenn es Spielfilme sind, Fiktionen also, aber einen großen Unterschied zwischen den Genres hat Peter Lilienthal nie gemacht.

Nimmt man die Lateinamerika-Filme zusammen, so werden in ihnen, auch wenn sie von persönlichen Biografien erzählen, die großen politischen Bewegungen des Kontinents in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts deutlich: der Wahlsieg Salvador Allendes und seiner „Unidad Popular"; der Militärputsch des Generals Pinochet; der Sieg der Sandinisten in Nicaragua. Von Lateinamerika handelt auch „Camilo": Immer mehr Latinos emigrieren voller Hoffnung in die USA, in das Land der unbegrenzten Träume. Kaum angekommen werden sie von der US-Armee rekrutiert. Sie ziehen in einen Krieg, der nicht der ihre ist und der doch immer mehr von ihnen tötet.

Kein Pathos, keine Ideologie

Es liegt auf der Hand, dass Lilienthal dieses Menschenbild auch in seine europäischen Filme hineinnahm. Da war zunächst „Malatesta", ein Porträt des italienischen Anarchisten Enrico Malatesta in seinem Londoner Exil. Der Film entstand 1970, im Zentrum des damals „neuen deutschen Films" (Lilienthal war einer der Gründer des „Filmverlags der Autoren", später initiierte und leitete er die Abteilung Film- und Medienkunst an der Berliner Akademie der Künste). Zwar war die Hauptfigur des Malatesta mit dem Franzosen Eddie Constantine unerwartet besetzt. Die Figur eines Adeligen jedoch, den die Armut im London zu Beginn des 20. Jahrhunderts zur Revolution anregt und der Gewalt als politisches Mittel ablehnt, passt in Lilienthals Universum. Oder der „Hauptlehrer Hofer", ein Mann, der – wiederum um die Wende zum 20. Jahrhundert – die Lebensbedingungen in einem elsässischen Dorf verbessern will, indem er eine Schule bauen will. Doch er scheitert damit bitter, wird des Landes verwiesen und scheitert auch wieder nicht, weil die Schüler seine Ideen begriffen haben. Oder „David", Lilienthals erfolgreichster Film (Goldener Bär der Berliner Filmfestspiele 1979), die Verfilmung der autobiographischen Aufzeichnungen Joel Königs, der als jüdisches Kind bis 1943 in Deutschland überleben konnte, erst dann gelang ihm die Flucht. Auch hier sprach er von den Opfern; und brachte dabei seine eigene Erinnerung als jüdisches Kind im Berlin der 30er Jahre ein.

Was Lilienthals Filme auszeichnet, ist ihre soziale Aufmerksamkeit, ihre Wärme für Menschen, die an ihrer Gesellschaft leiden, ihre Sympathie für die Opfer, für die Unterdrückten dieser Welt – egal, wo er seine Kamera aufstellt. Das mag jetzt groß klingen und pathetisch. Doch Lilienthals Kunst besteht darin, jedes Pathos, jede Ideologie zu vermeiden. Seine Geschichten entzündet er immer an konkreten Menschen und ihren Schicksalen. Den Rest, die Ideologie können wir uns dazudenken.

Camilo Mejia in seinem jüngsten Film ist ein Opfer der Bush-Administration, das sich zu wehren beginnt. Es gibt ihn wirklich, und doch könnte er erfunden sein: eine typische Figur aus dem Universum des Peter Lilienthal. ■

STATIONEN
Peter Lilienthal

1929 geboren in Berlin

1939 Emigration nach Montevideo (Uruguay). Abitur. Drei Jahre als Bankangestellter tätig. Erste Filmversuche

1956 Stipendium an der Hochschule für Bildende Künste in Berlin

1961 - 1964 Regisseur beim Südwestfunk

1966 - 1968 Dozent an der Deutschen Film- und Fernsehakademie Berlin

1971 Mitbegründer des Filmverlags der Autoren

1974 Gründung einer eigenen Produktionsgesellschaft

1985 - 1996 Direktor der Abteilung Film- und Medienkunst der Akademie der Künste in Berlin (West)

»CAMILO« IM KINO
84 Minuten, ab 12 Jahre

Weinheim, *9.5., Bürgersaal im alten Rathaus*
Mannheim, *15.5., Cinema Quadrat e.V.*
Marburg, *15.5., Filmkunsttheater (in Anwesenheit des Regisseurs)*
Fürth, *15.5., Babylon Kino*
Kiel, *15.5., Kommunales Kino in der Pumpe*
Lüdenscheid, *15.5., Friedensgruppe Lüdenscheid*
Bonn, *15.5., Kino Woki*
Berlin, *15.5., Acud Kino*
Dresden, *15.5., Casablanca Kino*
Köln, *21.5., Museum Ludwig*
Hannover, *22.5., Kino im Sprengel*

www.camilo-film.org

KEINE GNADE FÜR JÖRG

Eine einsame Villa im Brandenburgischen: Die über 50-jährige Christiane arrangiert eine Feier für ihren Bruder Jörg, einen Ex-Terroristen, der nach langer Haft begnadigt wird. Seine einstigen Weggefährten haben sich längst in ihren bürgerlichen Existenzen eingerichtet – als Anwalt oder Journalist, auch eine Bischöfin ist dabei an diesem titelstiftenden Wochenende. Schlinks Annäherung an ein schwieriges politisches Thema – die Debatte um die Begnadigung von Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar 2007 – gelingt ihm diesmal nicht so leichthändig wie einst in „Der Vorleser". Zu thesenhaft sind die Dialoge, zu künstlich das Setting. Es empfiehlt sich, das Wochenende lieber mit Freunden zu verbringen als mit Schlinks allzu hölzern geratenem Romanpersonal.

Bernhard Schlink
DAS WOCHENENDE
Diogenes Verlag, 240 Seiten, 18,90 Euro,
ISBN 978-3-257-06633-3

ZEIT FÜR BÜCHER

Politik – literarisch, pragmatisch, programmatisch

» Das war nicht das, was man mir in der Schule beigebracht hatte! «

Tom Segev
über die Hintergründe der israelischen Staatsgründung

MYTHOS EINER STAATSGRÜNDUNG

Sechzig Jahre nach der Gründung Israels am 14. Mai 1948 wird es Zeit, dass eines der wichtigsten Sachbücher zu diesem Thema auf Deutsch erscheint. In Israel löste es 1986 eine Debatte aus, denn der Historiker und Journalist Tom Segev zeigt darin, wie stark die Gründungsmythen des jungen Staates von der Realität abwichen: Dem Selbstbild von einer gerechten Gesellschaft widersprachen zum Beispiel die von Segev in den Archiven aufgestöberten Befehle, die eine Rückkehr arabischer Flüchtlinge nach Israel verhindern sollten. Dank Segevs kritischem Blick wird die wirtschaftliche, politische und militärische Entwicklung des Landes als ein einzigartiges historisches Experiment lebendig, das, wie Segev schreibt, „noch nicht gelungen und auch noch nicht gescheitert ist."

Tom Segev
DIE ERSTEN ISRAELIS
Die Anfänge des jüdischen Staates. Aus dem Englischen von Helmut Dierlamm und Hans Freundl. Siedler Verlag, 416 Seiten, 24,95 Euro,
ISBN 978-3-88680-889-2

ANZEIGE

Mehr Rezensionen: ***www.vorwaerts.de***

NUR MUT! VERÄNDERT DIE WELT!

Mit „Weltgesellschaft. Ein Projekt von links!" legt Herausgeber Egon Bahr „Querdenkanstöße" vor. Keine Endzeitstimmung, kein Verfangen in der Globalisierungsfalle. Im Gegenteil: Die sich herausbildende Gesellschaftswelt biete der Zivilisation Chancen für eine neue Weltgesellschaftspolitik. Die Autoren sind Mitglieder des Anfang der 90er Jahre von Günter Grass, Egon Bahr und Peter Brandt gegründeten Willy-Brandt-Kreises. Die Zukunftsfähigkeit der Demokratie analysieren sie unter verschiedenen Gesichtspunkten.
Rolf Reißig zeigt, wie Transformationsbereitschaft und Dialogfähigkeit in den Jahren des Kalten Krieges geholfen haben, den Stillstand zwischen den Fronten zu überwinden. Peter Brandt führt aus, dass die Globalisierung weder ein zeitgenössisches noch nur ein Einzelphänomen ist und Friedrich Schorlemmer mahnt, der Markt sei für den Menschen da. Theoretische Anmerkungen zur demokratischen Politik in der Weltgesellschaft liefert Christoph Zöpel. Klaus Staeck, Daniela Dahn, Irina Mohr und Edelbert Richter sind u.a. weitere Autoren des Bandes, der zu einer gesellschaftlichen Diskussion einladen will.

Egon Bahr (Hg.)
WELTGESELLSCHAFT
Ein Projekt von links! vorwärts buch, 272 Seiten, 14,95 Euro,
ISBN 978-3-86602-048-1

FOTOS: DIRK BLEICKER

MEINE KULTUR-TIPPS
von Hannelore Kraft, SPD-Vorsitzende in Nordrhein-Westfalen

FOTOS: DPA, MST GMBH, PR

KULTUR AN DER RUHR

Selbst wenn es sich noch nicht überall herumgesprochen hat, das Ruhrgebiet ist eine ungeheuer spannende Kulturregion geworden. Das gilt auch für meine Heimatstadt Mülheim. Das Motto „Wandel durch Kultur – Kultur durch Wandel“, mit dem sich das Ruhrgebiet erfolgreich um den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2010“ beworben hatte, wird gerade in Mülheim – als Stadt dieser Metropolregion – besonders deutlich. Dazu drei Kulturtipps:

Im **Theater an der Ruhr** muss man einfach gewesen sein. Es befindet sich in einem ehemaligen Kurhaus im Solbad des Raffelbergparks und wurde 1980 von Roberto Ciulli und Helmut Schäfer mit der Stadt Mülheim gegründet. Dieser einzigartige Kulturort begeistert allein durch sein historisches Ambiente. Sein inhaltliches Angebot als das „andere“ Theater in der Region hat sich deutschlandweit etabliert: ein Haus der Begegnung, des Dialogs, ein Haus, das offen ist für jeden.

Ungewöhnliches erleben Besucher der **Camera Obscura**. Sie wurde in einem um 1904 erbauten Wasserturm 1992 als die größte begehbare Camera Obscura der Welt (Foto) installiert und bietet einen 360°-Ausblick auf die Stadt. Darüber hinaus dokumentiert eine Ausstellung mit mehr als 1000 Exponaten des Sammlers KH. W. Steckelings lückenlos, wie die Bilder 1750 bis 1930 laufen lernten.

Der **Ringlokschuppen** ist mein dritter Kulturtipp. Das Industriedenkmal entstand um die Wende zum 20. Jahrhundert und macht den Strukturwandel der Ruhrregion besonders anschaulich. Im Rahmen der Landesgartenschau wurde das Gebäude mit seiner Stahlfachwerkfassade 1992 komplett um- und

ausgebaut. 1995 ging der Ringlokschuppen als Kultur- und Begegnungsstätte an den Start.

Er dient heute als Spielstätte der RuhrTriennale und der Freien Kulturszene. Die Reihen „Lach.Haft“, „Lied.Gut“ und „Wort.Wahl“ mit Auftritten von Stars der Kabarett-, Gesangs- und Literatur-Szene werden auch regional sehr geschätzt. Unbedingt auf das aktuelle Programm achten! ■

FREIKARTEN ZU GEWINNEN!
2 x 2 Freikarten für den Ringlokschuppen in Mülheim: Am 10. und 11.6. wird »Tal der fliegenden Messer« (Foto oben) aus der Ruhrtrilogie von René Pollesch im Zelt am Stadthallengarten aufgeführt.
E-Mail an: ***redaktion@vorwaerts.de***
Stichwort: „Ringlokschuppen“
Einsendeschluss: 19.5.2008

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH!
Je eine Tocotronic-CD haben gewonnen: **Sophia Penther** 50668 Köln; **Nadine M. Schöneck** 44797 Bochum; **Karl-Heinz Thier** 20099 Hamburg; **Jochen Weiß** 68169 Mannheim; **Anna Hermann** 35037 Marburg.

ANZEIGE

1

2

OPPOSITION ODER KOALITION?

Die SPD zusammenhalten, ihren Einfluss mehren, neue Wähler gewinnen – vor dem Problem stand die Parteiführung schon häufiger. Im Mai 1927 entbrannte darüber eine heftige Auseinandersetzung.

Von Helga Grebing

Der Kieler Parteitag vom 22. – 27. Mai 1927 versprach eher, ein ganz gewöhnlicher zu werden. Seit 1922 waren SPD und USPD wieder eine Partei. Auf dem Heidelberger Parteitag 1925 hatte sich die SPD ein neues Programm gegeben, das die reformsozialistische Praxis auf dem Boden der Republik mit dem theoretischen Horizont eines revidierten und zugleich weiter geführten Marxismus verband. Das alles entsprach der Doppelfunktion der SPD, als republikanische Verfassungspartei zu wirken und zugleich ihren Charakter als proletarische Klassenpartei bewahren zu können. In Kiel wollte man eigentlich nur nachlegen: ein Agrarprogramm stand zur Debatte und der Cheftheoretiker der SPD, Rudolf Hilferding, sollte über die „Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik" sprechen. Anlass dazu bestand insofern, als sich die Republik seit 1924 wirtschaftlich zu stabilisieren schien und einflussreiche Industriellenkreise die SPD 1926 aufgefordert hatten, sich wieder koalitionsbereit zu erklären. Das wiederum würde zur Folge haben, dass die rechtslastige Bürgerblockregierung (unter Einschluss der antirepublikanischen Deutschnationalen Volkspartei!) abgelöst werden konnte.

An diesem Punkt entzündete sich die Debatte in Kiel. Hilferding, jüdischer Herkunft, war ursprünglich Kinderarzt und hatte parallel zum Medizinstudium Nationalökonomie studiert. Bereits als Gymnasiast Sozialist, legte er eine theoretisch anspruchsvolle, Marx' ursprüngliche Ansätze weiterführende Interpretation der Entwicklung des Kapitalismus im 20. Jahrhundert vor: „Das Finanzkapital" erschien 1910. 1917 beteiligte sich Hilferding an der Gründung der USPD, war Chefredakteur von deren Zentralorgan „Die Freiheit", in dem er einen moderaten nicht-kommunistischen Kurs fuhr. 1922 kam er zur SPD zurück. Er wurde Chefredakteur des 1924 gegründeten theoretischen Organs der SPD „Die Gesellschaft" und 1923 Reichsfinanzminister.

Stark werden in der Regierung

In Kiel vertrat Hilferding die Auffassung, die Entwicklung des Finanzkapitals habe dazu geführt, dass die Monopole immer stärker die Staatsmacht in ihren Dienst nehmen konnten – „organisierter Kapitalismus" nannte er das. Andererseits bot der demokratische Staat, dessen Teil die Sozialdemokratie geworden war, der Arbeiterklasse die Möglichkeit, auf die staatlichen und die wirtschaftlichen Organisationsformen einzuwirken und ihre Macht zu mehren und damit ihrem Ziel des Sozialismus näher zu bringen.

Deshalb müsse, so Hilferding, die Erhaltung der Demokratie und der Republik das wichtigste Interesse der Sozialdemokratie sein. Da sie dies in der gegebenen Lage nicht allein tun könne, müsse sie wie in Preußen zu Koalitionsbildungen bereit sein und gleichzeitig ihr soziales Fundament verbreitern, z.B. indem sie die katholischen Arbeiter gewinne. Flankenschutz erhielt Hilferding von Philipp Scheidemann, der im November 1918 die Republik ausgerufen hatte. Er meinte, die Antwort auf die Frage „Wie können wir am schnellsten stärker werden?" könne nur lauten: in der Regierung. Auch der preußische Innenminister Carl Severing, der Fraktionsvorsitzende der SPD im Preußischen Landtag, Ernst Heilmann, und der außenpolitische Sprecher der Reichstagsfraktion, Rudolf Breitscheid, unterstützten diese Auffassung.

Erst Opposition, dann Koalition

Ganz anders die Linken, die unmissverständlich erklärten, in der gegebenen Situation müsse die Taktik der SPD „Opposition statt Koalition" heißen. Die wohl reflektierteste Sprecherin dieser Richtung war Toni Sender, Reichstagsabgeordnete von Dresden und Bautzen. Sie betonte, dass sie ohne Einschränkung auf dem Boden der Republik stehe, aber es für die gegenwärtig wichtigste Aufgabe der SPD halte, „zur Machtverstärkung der Sozialdemokratie jene Schichten zum Klassenbewusstsein zu erwecken, die den bürgerlichen Parteien noch folgen". Ihre Reihenfolge hieß: Machtverstärkung in der Opposition und erst dann Koalition in Form einer führenden Regierungsbeteiligung. Hilferding hielt beides zugleich für möglich und empfahl seiner Partei, damit aufzuhören, „die Koalitionspolitik als eine Art Suspendierung des Klassenkampfes, als eine Art politischen Friedens zu betrachten".

Fast genau ein Jahr später, am 20. Mai 1928, erhielt die SPD bei den Reichstagswahlen 29,8 Prozent der Stimmen und 153 Reichstagssitze – sie war damit die stärkste Partei und die stärkste Fraktion; sie war doppelt so stark wie die rechtsradikale DNVP (14,2 Prozent, 73 Sitze), und fast dreimal so stark wie die KPD (10,6 Prozent, 54 Sitze). Die NSDAP aber gehörte mit 2,6 Prozent und 12 Sitzen zu den zu vernachlässigenden Splitterparteien.

Der Vorsitzende der SPD-Reichstagsfraktion, Hermann Müller-Franken, bildete eine Große Koalition aus SPD, den beiden liberalen Parteien und den zwei katholischen Parteien Zentrum und Bayerische Volkspartei. Er selbst wurde der erste SPD-Reichskanzler seit 1920. Hilferding wurde Finanzminister. Die demokratische Republik, 1918 von der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gegründet, hatte, so schien es damals, wieder eine Zukunft. Zwei Jahre später erschütterte sie die Weltwirtschaftskrise, und die NSDAP erhielt 1930 bei den Septemberwahlen 18,3 Prozent. Aber das ist eine Geschichte, die bei anderer Gelegenheit erzählt werden muss. ■

3

4

5

1| Empfang des SPD-Vorstands am Bahnhof in Kiel am 20. Mai 1927 2| Reichstagspräsident Paul Löbe berichtet von Auseinandersetzungen mit den Nazis im Reichstag 3-5| Debattierten über den Kurs der SPD: Rudolf Hilferding, Rudolf Breitscheid, Toni Sender (v.l.) 6| Delegierte bei der Wahl des Parteivorstands

6

FOTOS: ADSD

Vorbereiten zur Vernichtung: Der Berliner „Kampfausschuss wider den undeutschen Geist“ lädt Bücher auf.

FOTO: BTK

VOR 75 JAHREN
BRENNEN SOLLT IHR

Die Aktion war von langer Hand vorbereitet: „Ich schlage Ihnen vor, den 10. Mai etwa folgendermaßen auszugestalten: 20.30 – 22 Uhr: Kundgebung der Studentenschaft im Auditorium Maximum der Universität; 22 – 23 Uhr: Fackelzug durch den Ort, endigend mit dem 23 – 24 Uhr stattfindenden Verbrennungsakt.“ So hieß es in einem Rundschreiben des NS-Hauptamtes für Presse und Propaganda Anfang Mai 1933 an alle Studentenschaften.

So erleuchteten in der Nacht des 10. Mai 1933 Scheiterhaufen die zentralen Plätze deutscher Universitätsstädte: „Studenten in SA-Uniform schleuderten die Bücher von Heinrich Mann, Kurt Tucholsky, Bertolt Brecht, Sigmund Freud und vielen weiteren Schriftstellern, Publizisten und Wissenschaftlern in die Flammen, während mit gellender Stimme ausgerufene ‘Feuersprüche’ ihre Werke geißelten.“ Nachzulesen ist das im Buch von Werner Treß über die Bücherverbrennung 1933. Erstmals zum 70. Jahrestag des Ereignisses 2003 erschienen, liegt es nun in einer Neuauflage mit einem Nachwort von Klaus Wettig vor.

Weitgehend unbekannt ist, wie viele sozialdemokratische und gewerkschaftliche Schriften verbrannt wurden. Vor dem sozialdemokratischen Volksfreundehaus in Braunschweig brannte der Scheiterhaufen drei Tage und drei Nächte. „Werner Treß entdeckte das Netzwerk der Aktivitäten der NS-Studentenschaft, die sorgfältig mit der NS-Führung abgestimmt waren, und er fand bisher nicht bekannte Orte von Bücherverbrennungen, die auch noch nach dem 10. Mai stattfanden“, so Klaus Wettig. ■ *SUS*

„Ich übergebe dem Feuer die Schriften von.“
Gedenkveranstaltung anlässlich des 75. Jahrestages der Bücherverbrennung, 9. Mai, 19.30 Uhr, Willy-Brandt-Haus Berlin mit Klaus Wettig, Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V., Andreas Eberhardt, Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und Werner Treß, Historiker, Potsdam

BUCHTIPP
Werner Treß
Wider den undeutschen Geist! Bücherverbrennung 1933.
Parthas Verlag Berlin 2008, 141 Seiten, 24,95 Euro, ISBN 978-3-86602-869-2

GEWINNER

Die Lösung des jüngsten Preisrätsels lautete **THRON**. Gesucht wurden außerdem: **CASTRO** und **HAVANNA**. Jeweils ein Buch gewonnen haben:

Christa Keil,
67246 Dirmstein

Willhelm Schmidt,
45149 Essen

Eva Faessler,
80807 München

Rolf Koch,
31675 Bückeburg

Werner Schmidt,
17321 Ramin

Angelika Koch,
21274 Undeloh

Günter Müller,
54675 Körperich

Christoph Braunbeck,
14532 Kleinmachnow

Margarete Spannagel,
78713 Schramberg

Waltraud Bergmann,
95326 Kulmbach

KREUZWORTRÄTSEL

Die Fragen und das Kreuzworträtsel darunter ergeben die Lösung.

Der spätere Olympiasieger... griff vor mehr als hundert Jahren eine uralte Idee auf und begründete damit eine Bewegung, die seitdem für Freundschaft und Verständigung steht. Der geborene Franzose mit italienischen Vorfahren ist in der Schweiz begraben, gesucht wird der letzte Teil seines Namens.

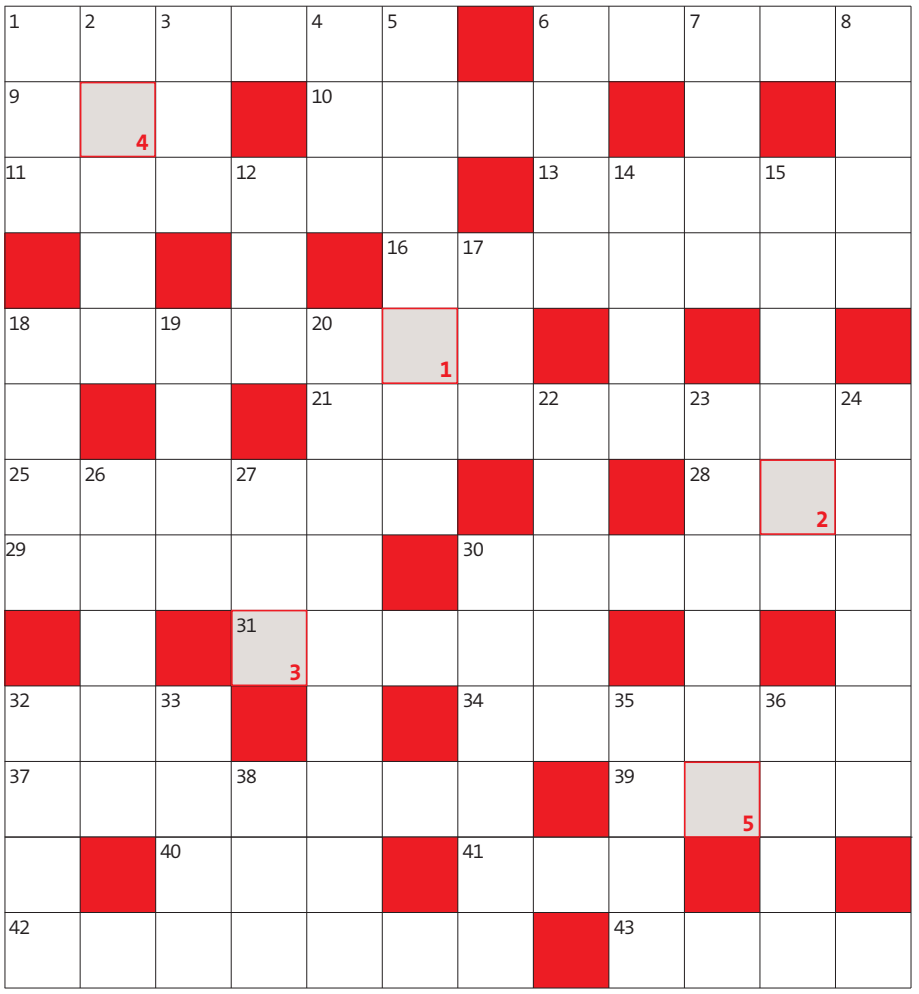
1	2	3	4	5	6	7	8	9

Als dort ein Prinz aus Bayern...
König eines wieder erstandenen Landes wurde, hatte die frühere Metropole, in deren Nähe eine weltberühmte antike Sportstätte liegt, kaum noch viertausend Einwohner, heute leben in der Stadt an die vier Millionen Menschen.

1	2	3	4	5

ES GIBT ZWEI WEGE, DAS PREISRÄTSEL ZU LÖSEN:
Ratefüchse beantworten zuerst die beiden Fragen. Der vierte, siebte und achte Buchstabe des ersten Lösungswortes sowie der zweite und vierte Buchstabe des zweiten Lösungswortes ergeben in der richtigen Reihenfolge die Lösung. Es geht aber auch einfacher: **Die eingekreisten Felder im Kreuzworträtsel ergeben in der richtigen Reihenfolge das Lösungswort.** Das Land am höchsten Ende der Welt steht heute, nicht zuletzt wegen des oben Gesuchten, im Mittelpunkt des Weltinteresses.

1	2	3	4	5



WAAGERECHT
1 flache Servierunterlage
6 Gerät zur Bodenbearbeitung
9 kleines hirschartiges Waldtier
10 franz. Schriftsteller (Victor)
11 asiat. Halbesel
13 Luftrolle (Sport)
16 Spionin
18 Reinigungsgerät
21 Fladenbrot aus Maismehl
25 empfehlenswert
28 Gefrorenes
29 Anhänglichkeit, Loyalität
30 sicher, bestimmt
31 Postsendung
32 Himmelsrichtung
34 nicht links
37 einfaches Holzhäuschen
39 Hülle, Futteral
40 Kassenzettel
41 Fluss in Russland
42 Tatkraft
43 zähflüssiges Kohleprodukt

SENKRECHT
1 lateinisch: je, für
2 österreichischer Lyriker (Nikolaus)
3 Ausruf d.Verstehens
4 englischer Artikel
5 Europäische Atomgemeinschaft (Kzw.)
6 Kleidungsstück
7 Revolver
8 englische Schulstadt
12 fertig gekocht
14 Neinsager (ugs.)
15 Hauptstadt Georgiens
17 germ. Wurfspieß
18 Haarwuchs im Gesicht
19 Wasservogel
20 Kräftigung, Erholung
22 Ausdehnungsbegriff
23 einfach, mühelos
24 Stadt in Mittelitalien
26 schweizerischer Kurort in Graubünden
27 Fremdwortteil: unter
30 Klatsch,Tratsch
32 Holzblasinstrument
33 Pastenbehälter
35 Untereinheit von Euro und Dollar
36 Signalhorn (ugs.)
38 chemisches Element

Die richtige Lösung schicken Sie bitte bis zum 15. Mai 2008 per Post an vorwärts, Postfach 322, 10925 Berlin oder per E-Mail an raetsel@vorwaerts.de. Bitte Absender nicht vergessen und ausreichend frankieren! Unter den richtigen Einsendungen verlosen wir zehn Bücher.

Mallorca – Königin der Balearen

für Kurzentschlossene

5.–12. Mai 08 ab € 539,-

Viel mehr als nur ein Badeurlaub – Preisvergleich erwünscht!
Halbpension und 4 Inselausflüge „unbekanntes Mallorca“ bereits inklusive!

Auf Mallorca hat der Sommer im Mai seine schönsten Tage. Die herrliche Urlaubsinsel steht in voller Blüte und es ist noch nicht so heiß, dass man es nur an den Badestränden aushalten könnte. Es ist die beste Jahreszeit, um auch die wahren Schönheiten der spanischen Mittelmeerinsel jenseits von „Partyrummel am Ballermann“ zu erfahren.
Unser Feriendomizil haben wir direkt in **Paguera** im Südwesten der Insel gefunden. Hier finden wir Ruhe, Entspannung und Erholung und den idealen Ausgangspunkt für unsere **vier Insel-Ausflüge**, die bereits **im Reisepreis eingeschlossen** sind.

Unser 3-Sterne Hotel Beverly Playa in Paguera

Wir haben dieses Hotel bei unserem SPD-Frühlingstreffen im Mai 2007 kennengelernt und waren so gut zufrieden, dass wir gerne wieder dorthin zurückkehren.
Ruhig am Ortsrand von Paguera gelegen, ohne Belästigung von Partyrummel und trotzdem den breiten Sandstrand direkt vor der Haustür.
Weitere Hotelinformationen unter:
www.beverly-playa.com

Eingeschlossene Leistungen:

- **Flüge** ab/bis Hamburg, Berlin, Düsseldorf & Stuttgart mit Air Berlin (oder gleichwertig) nach Palma de Mallorca.Weitere Flüge mit Flughafenzuschlag buchbar: ab/bis Hannover oder Köln/Bonn (€ 17,–), Frankfurt (€ 29,–)
- **Transfers** Flughafen – Hotel – Flughafen
- **7 Übernachtungen** im 3-Sterne-Hotel Beverly Playa in Paguera
- **Halbpension**
- **Ausflugspaket** inklusive 4 Ausflüge (im Wert von € 140,–):
  Halbtagesausflug nach **Palma de Mallorca**
  Ganztagesausflug zum Markt nach **Sineu, Pollenca** und **Formentor**
  Halbtagesausflug in die **Bergwelt Mallorcas**
  Ganztagesausflug nach **Valldemossa** und zum Fincamuseum „La Granja“
- **Reisepreis-Sicherungsschein**
- **SPD-Reisebegleitung**

Einzelzimmerzuschlag: € 88,–
Kerosinzuschlag der Fluggesellschaft pro Strecke: € 23,–

SPD-ReiseService

Ausführliche Reiseinformationen und Buchung per
www.spd-reiseservice.de
Oder einfach per
Reisetelefon: 030 - 255 94 600
Wilhelmstraße 140 · 10963 Berlin
info@spd-reiseservice.de · Fax: 030-255 94 699

UNSERE GLÜCKSSPIEL-RENTE

Die Finanzkrise stellt auch unsere Altersvorsorge in Frage. Hannes Koch plädiert für eine bessere Regulierung des Finanzmarktes.

Als Rheinländer bin ich ein bekennender Karnevalist. Daher liegt mir Zukunftsangst eigentlich fern, denn ich halte es mit dem Kölschen Motto „Et het noch ever jot jejange" – es ist noch immer gut gegangen.

Beim Studium der Nachrichten über die aktuelle Finanzkrise allerdings verlässt mich mitunter der Optimismus. Nicht, weil ich mir Sorgen um mein gegenwärtiges Einkommen machte, sondern weil ich an später denke. An die Zeit, wenn das Einkommen nicht mehr aus Arbeit stammt, sondern als Rente fließen soll.

Seit ich mich bewusst um meine Altersversorgung kümmere und mir nicht nur passiv Sozialbeiträge vom Verdienst abziehen lasse, erlebe ich die dritte weltweite Finanzkrise. Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds betragen die globalen Verluste durch die aktuelle Krise bis zu 1000 Milliarden Dollar – eine Summe, die größer ist als der gesamte deutsche Bundeshaushalt von drei Jahren.

Was hat diese Krise mit der Alterssicherung von Millionen Rentnern zu tun? Seit Jahren verkündet die Bundesregierung, die Beschäftigten sollten sich nicht mehr ausschließlich auf die gesetzliche Sozialversicherung verlassen, sondern auch privat für das dritte Drittel ihres Lebens vorsorgen. Viele Menschen investieren deshalb einen Teil ihrer Einkünfte in Aktien und Aktienfonds von Banken. Sogar die staatlich geförderte Riesterrente ermöglicht die Beteiligung an Aktienfonds privater Banken.

Man könnte auch einfach sagen: Pech gehabt!

Der Wert dieser Aktien und Fonds allerdings schwankt stark – je nach Lage der Weltökonomie steigt er oder fällt er. Deshalb ist durchaus nicht sicher, welchen Wert die private Vorsorge noch hat, wenn das Rentenalter erreicht ist und die Auszahlung beginnt. Ein Beispiel: Wer auf dem Höhepunkt des Booms des Jahres 1998 Aktien oder Fondsanteile kaufte, hat bis heute fast nichts gewonnen. Die Anteile haben einen ähnlichen Wert wie damals. Der versprochene Gewinn und der damit verbundene höhere Rentenanspruch sind bis heute ausgeblieben.

Da könnte man einfach sagen: Pech gehabt! Wer ist schon so dumm, in einer Situation wie 1998 zu investieren – wenn die Aktien außergewöhnlich teuer sind? Aber kann man so etwas wissen? Wann ist der richtige Zeitpunkt für den Beginn der Einzahlung in die private Altersvorsorge? Die Bankberater sind mit solchen Fragen überfordert, denn ihnen fehlen die notwendigen Informationen. Das ist kein Wunder – schließlich handelt es sich um Wetten. Wer Aktien und Aktienfonds kauft, wettet auf steigende Preise. Sagen wir es deutlich: Auch die Altersvorsorge ist damit – mehr als früher – ein Glücksspiel.

Mein Vertrauen in meine Altersversorgung lässt deshalb nach. Ich bin beunruhigt. Und ich finde, die Politik und die Banken, die unser Geld verwalten, sollten diese Beunruhigung ernst nehmen. Dass sie das tun, kann ich bisher nicht erkennen. In einem gleichermaßen hellsichtigen, wie aus seiner Sicht unvorsichtigen Moment sagte Deutsche-Bank-Vorstand Josef Ackermann unlängst: „Ich glaube nicht mehr an die Selbstheilungskraft der Märkte." Der Staat müsse den Banken helfen, die augenblickliche Krise zu überwinden. Kurz darauf freilich nahm Ackermann seine Aufforderung zurück. Nach dem Staat habe er keinesfalls rufen wollen. Und doch geht es genau darum: Auch die Politik muss dafür sorgen, dass Fehlentwicklungen, die die gegenwärtige Krise verursacht haben, künftig unterbunden werden.

> »Ich stelle mich darauf ein, dass mein Arbeitsleben etwas länger dauert.«
>
> *Hannes Koch*

Denn unentwegt denken sich die Banken neue, risikoreiche Geschäfte aus. Diese folgen nur einer Logik – der Logik des höchsten Gewinns. Oft lösen solche Transaktionen Milliardenverluste aus, bringen die Volkswirtschaften ganzer Länder durcheinander und gefährden auch die Alterssicherung von Millionen Rentnern.

Völlige Sicherheit gibt es nicht

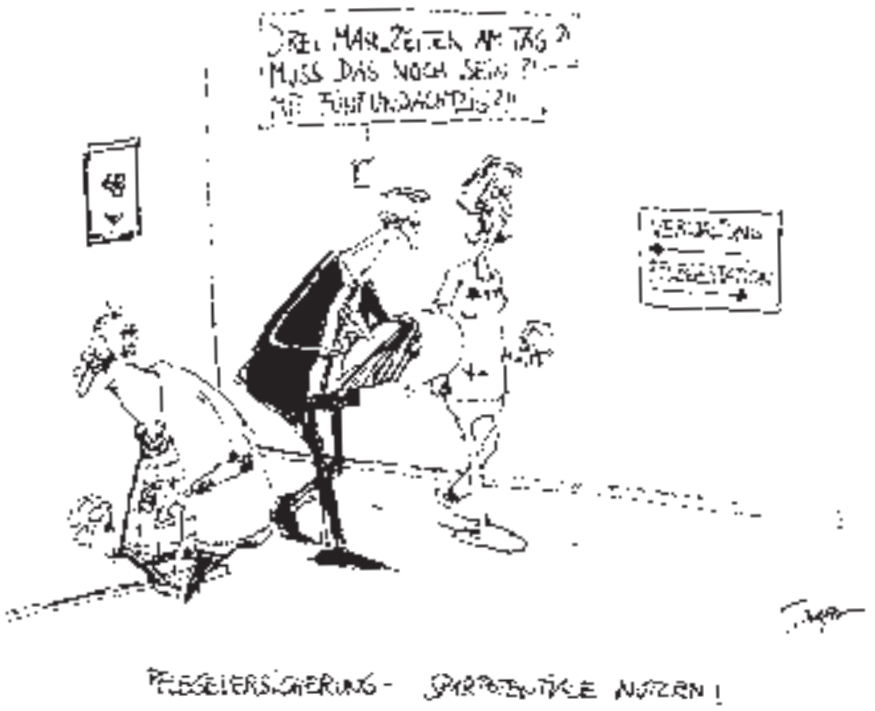
Um so etwas zu verhindern, brauchen wir eine bessere Kontrolle der Banken. In Deutschland sollten die Aufsichtsbehörden das Recht bekommen, alle Geschäfte der Banken zu überprüfen – egal, ob sie im Inland oder Ausland stattfinden. Und auf europäischer Ebene muss eine wirksame Bankenaufsicht erst einmal gegründet werden – bislang existiert sie nicht.

Die bessere Regulierung des Finanzmarktes könnte auch mein Vertrauen in die Altersvorsorge wieder stärken. Trotzdem sollte man sich keiner Illusion hingeben. Wer sein individuelles Wohl von den Billionen Euro umfassenden Finanzströmen abhängig macht, die täglich um den Globus zirkulieren, wird niemals völlige Sicherheit erwarten dürfen. Ich jedenfalls stelle mich schon einmal darauf ein, dass ich nicht mit 67 Jahren eine auskömmliche Rente erwirtschaftet haben werde, sondern dass mein Arbeitsleben noch ein wenig länger dauert. ■

FOTO: DIRK BLEICKER

Hannes Koch, *1961 geboren, ist Journalist und Autor. Er arbeitet unter anderem für die „taz" und „Spiegel-Online". 2001 veröffentlichte er „New Economy", eine Einführung in Boom und Niedergang der Internet-Ökonomie; 2007 erschien „Soziale Kapitalisten – Vorbilder für eine gerechte Wirtschaft". 2003 gründete er das European Institute for Globalisation Research, e4globe, das er seitdem leitet.*

Hannes Koch
SOZIALE KAPITALISTEN
Vorbilder für eine gerechte Wirtschaft
Rotbuch Verlag 2007, 191 Seiten, 19,90 Euro
ISBN 978-3-86789-016-8



GEFRAGT: SPD UND »DIE LINKE«

04/2008

Für die SPD kann die Linkspartei kein ernstzunehmender Partner oder Gegner sein. Nimmt die Linkspartei doch ständig Anleihen an politischen Inhalten der SPD und übt gleichzeitig üble Nachrede.

Sandra Caspar, Saarbrücken

Ich wünsche mir eine selbstbewusste Politik mit unverwechselbar sozialdemokratischer Aussage. Wir müssen als Partei nicht allein die Mehrheit erringen, denn es gibt in Deutschland einen klaren Auftrag links von CDU/CSU. Die Befindlichkeiten der SPD zur Linken erinnern mich sehr an das Kasperltheater der etablierten Parteien mit den Grünen. Der Wähler hat Inhalte gewählt, keine Personen. *Hellmut Hiese , SPD OV Holzhausen/Porta*

Die Analyse von Johano Strasser spricht mir voll und ganz aus der Seele. Die unsinnigen Berührungsängste der SPD gegenüber der Linken und vor allem der fast pathologische Hass auf Oskar Lafontaine stört mich schon seit langem. Hört endlich auf, diese Partei zu verunglimpfen und arbeitet stattdessen mit ihr zusammen, im Interesse von Gerechtigkeit und Solidarität! *Brigitte Beck, Passau*

Eine Korrektur der Außenpolitik (z.B. Rückzug aus Afghanistan, Verabschiedung von anderen militärischen Aktivitäten) sowie grundlegende Verbesserung der Sozialpolitik würden die Wähler zur SPD zurückführen und auch viele SPD-Mitglieder wieder aktivieren. Die Linkspartei würde an Einfluss verlieren.

Hans Alexy, Hohen-Neuendorf

Im vorwärts 2/2007 schrieb Georg Kronawitter: „Die Spaltung zwischen Arm und Reich ist weder sozial noch gottgewollt. Das können mündige Bürger nicht hinnehmen.“ Nach Kronawitter würden durch eine Besteuerung der größten Vermögen mit nur einem Prozent pro Jahr 12 Milliarden Euro in den Staatshaushalt fließen. Diese Vermögenssteuer, so Kronawitter, würde den Superreichen so wehtun, wie es dem Ochsen wehtut, wenn man ihn ins Horn zwickt.

Werner Schütt, Uetersen

*Unter **www.vorwaerts.de** finden sich weitere Lesermeinungen zum Thema SPD und „Die Linke“, außerdem dazu Gastbeiträge von Rolf Schwanitz, Volker Koehnen und Rüdiger Lang.*

DIE ZEITBLENDE IM VORWÄRTS

IHRE MEINUNG INTERESSIERT UNS

Normalerweise ist die Zeitblende ein Extra für alle diejenigen, die als Nicht-Sozialdemokraten den „vorwärts“ abonniert haben oder am Kiosk kaufen.
In dieser und auch in der Juni-Ausgabe legen wir sie für alle unsere Leserinnen und Leser bei. Thema diesen Monat: 60 Jahre Israel, das Thema im Juni: 75 Jahre Machtergreifung.

Von unseren Lesern innerhalb und außerhalb der SPD wollen wir wissen: Wie gefällt Ihnen die Zeitblende? Schreiben Sie uns Ihre Meinung per Post oder per E-Mail. Und empfehlen Sie den „vorwärts“ mit der Zeitblende Freunden und Bekannten. Wir freuen uns auf neue Abonnenten.

Berliner vorwärts
Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstraße 30
10963 Berlin
E-Mail
redaktion@vorwaerts.de

NEUE SCHNITTMENGE – VON UWE-KARSTEN HEYE

04/2008

Dein Artikel ist ja in der Bewertung richtig, mich persönlich stört, dass Du die „Linkspartei“ so hinstellst, als ob deren Forderung nach sozialer Gerechtigkeit Teufelszeug wäre.

Dietmar Emil Groener, Berlin

Nachtrag: Laut „Mannheimer Morgen“ (13.03.08) stiegen die Bezüge der neun BASF-Vorstandsmitglieder gegenüber 2006 um ca. 25 Prozent von 23 auf 28 Millionen Euro. Gleichzeitig erhielten die ca. 95 000 Beschäftigten 2 Millionen Euro weniger Erfolgsbeteiligung…
Früher sagte man „Industriekapitän“. Das passt nicht mehr: Kein „Kapitän“ geht so mit seiner Mannschaft um.

Henning Bischof, per E-Mail

RENTEN

Wir haben vier Jahre keinen Inflationsausgleich zur Rente bekommen – das muss doch nicht bis ans Ende unserer Tage gehen. Mit welchem Recht wollen die Jungen die Alten so behandeln? … Wir Alten können nichts dazu, dass es keine ordentlichen Arbeitsstellen (sozialpflichtige) mehr gibt! Wir haben 45 Jahre lang gearbeitet, das müssen uns die Jungen erst mal nachmachen!

Maria Körner, Herne

Was spricht dagegen, im Gesetz zur Grundsicherung eine Bestimmung zu verankern, dass Rentner, die diese Leistung erhalten, aus eigener Ansparleistung 100 Euro behalten können, ohne dass dies auf die Grundsicherung angerechnet wird. Dies würde die Sparleistung der Geringverdiener honorieren, gleichzeitig aber den Staat keinen Cent kosten.

Albert Brandl, Berlin

VORWÄRTS-IMPRESSUM
Die Sozialdemokratische Zeitung gegründet 1876 von W. Hasenclever und W. Liebknecht
Herausgeber: Hubertus Heil **Redaktionsadresse:** Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH. Postfach 610322, 10925 Berlin, Tel. 030/25594-300, Fax -390, E-Mail redaktion@vorwaerts.de **Redaktion:** Uwe-Karsten Heye (Chefredakteur), Dr. Susanne Dohrn (Mitgl. der Chefred.), Dagmar Günther (CvD), Monika Koepp (Bildred.), Lars Haferkamp (Red.), Fréderic Verrycken (Red.), Karsten Wiedemann (Red.), Michael Miebach (Parteileben), Vera Rosigkeit (online-Red.), Werner Loewe (online-Red.), Kai Doering (Volontär) **Art Direction und Fotografie:** Dirk Bleicker **Korrespondenten:** Ada Brandes, Jörg Hafkemeyer (Berlin), Renate Faerber-Husemann (Bonn), Heidi Friedrich (New York), Susanne Geiger (Brüssel), Lutz Hermann (Paris) **Geschäftsführung:** Guido Schmitz **Anzeigen:** Michael Blum (Leitung), Anke Barnkothe (Verkauf), Manfred Köhn (Verkauf), Ralph Zachrau (Verkauf) Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 31 vom 1.1.2008 **Marketing/Vertrieb:** Nils Frohloff (Leitung), Stefanie Martin, Tel. 030/25594-179 / -130, Fax 030/25594-199 **Design Konzept:** ringzwei, Hamburg **Herstellung:** DVT GmbH, Berlin **Druck:** Frankenpost Verlag GmbH, Poststraße 9/11, 95028 Hof **Abonnement:** IPS Datenservice GmbH, Postfach 1331, 53335 Meckenheim; Tel. 02225/7085-366, Fax -399; Bei Bestellung Inland: Jahresabopreis 22,– Euro; für Schüler/Studenten 18,– Euro; alle Preise inkl. Versandkosten und 7 Prozent MwSt.; Ausland: Jahresabopreis 22,– Euro zzgl. Versandkosten. Das Abo verlängert sich um ein Jahr, wenn nicht spätestens drei Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt wird. Für SPD-Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten (bei Änderungen bitte an den SPD-UB wenden). **Bankverbindung:** SEB Berlin, BLZ 100 101 11, Konto-Nummer 174 813 69 00

Bei Nichterscheinen der Zeitung oder Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Leistung, Schadensersatz oder Minderung des Bezugspreises. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Zeichnungen wird keine Haftung übernommen.